

20 JAHRE FRIEDLICHE REVOLUTION

Mit Kopiervorlagen für den handlungsorientierten Unterricht



Inhaltsverzeichnis

4/5

Einstieg



6-9

Chronologie



10-13

Friedliche Revolution
Der Weg zur Deutschen Einheit



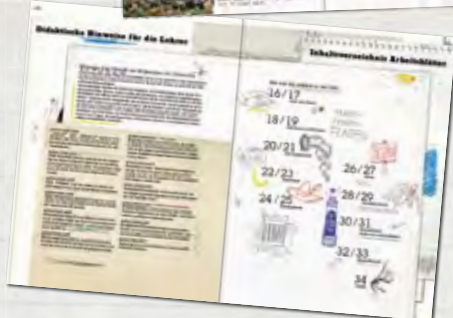
14

Didaktische Hinweise für die Lehrer



15

Inhaltsverzeichnis Arbeitsblätter



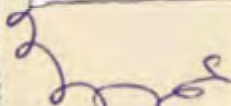
16-34

Arbeitsblätter



35/36

Bildnachweis, Lösungen, Impressum



Vorwort

Liebe Lehrerinnen und Lehrer,
 liebe Schülerinnen und Schüler,

die heutige Schülergeneration war zum Zeitpunkt der Friedlichen Revolution noch gar nicht geboren. Manche von uns stellen sich bestimmt die Frage, ob es denn überhaupt noch wichtig ist für uns, etwas darüber zu wissen, wie und warum diese Revolution, geboren aus der Hoffnung auf Veränderung, nicht durch Gewalt und Chaos, sondern durch friedlichen und gewaltfreien Protest, stattfand.



Der damals alles beherrschende und bis heute einprägsame Slogan „Wir sind das Volk!“ zeigte den Willen der Bevölkerung nach einer demokratischen Ordnung. Machterhalt durch Bespitzelung und Unterdrückung von Meinungen – die Diktatur der SED wurde vom Volk abgelehnt, weil sie auf Unfreiheit beruhte. Sätze wie „Es war doch nicht alles schlecht“ verklären die wahre Situation und übersehen das Unrecht, das gegen die Menschen im eigenen Staat ausgeübt wurde.

Aus „Wir sind das Volk!“ wurde im November 1989 „Wir sind ein Volk!“, weil mit dem Sturz der SED-Diktatur auch die künstliche Teilung Deutschlands gegenstandslos wurde. Die Demonstranten auf den Straßen der DDR haben den Weg zur deutschen Einheit frei gemacht.

Nicht nur demokratisches Denken, sondern auch demokratisches Handeln ist das Ideal, nach dem wir streben und an dem wir auch heute uns in der Gesellschaft messen lassen müssen. Die friedliche Revolution hat uns gezeigt, dass sich Mauern überwinden lassen, einfach die realen, seien sie auch noch so schwer gesichert, schwieriger die imaginären in unseren Köpfen.

Demokratie und Freiheit sind die Leitbilder unserer Gesellschaft, für die man jeden Tag kämpfen muss. Und deshalb ist das Wissen um die Friedliche Revolution gerade für uns Schüler so wichtig und sollte in den Schulen in Ost und West noch viel mehr Eingang in den Unterricht finden!

Benjamin Hilbert, 19, ist Schüler und Vorsitzender der Bundesschülerkonferenz



Ein Denkmal für Freiheit und Einheit

Zum 20. Jahrestag der Maueröffnung am 9. November 2009 soll es in Berlins Mitte „Ein Denkmal für Freiheit und Einheit“ geben. Die hier abgebildeten Kunstwerke zeigen Entwürfe, die beim Studentenwettbewerb „Geschichts-Codes 2007“ der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur eingereicht wurden.

Wie das Denkmal genau aussehen soll, entscheidet eine weitere Ausschreibung.



„Die Wettbewerbsbeiträge der Studierenden sollen nicht nur die historischen Ereignisse reflektieren und berücksichtigen, sondern das Denkmal auch als eine Würdigung derjenigen verstehen, die sich zu unterschiedlichen Zeiten mit Zivilcourage und nicht selten um den Preis der eigenen Freiheit oder gar des Lebens für Freiheit und Demokratie in der DDR eingesetzt haben“, so Dr. Norbert Lammert, Präsident des Deutschen Bundestages und Schirmherr des Gestaltungswettbewerbs.



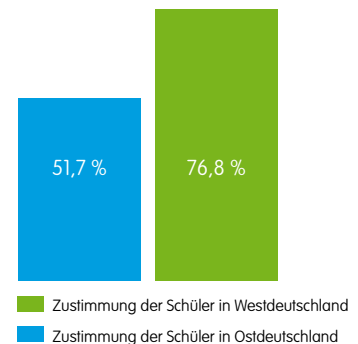


Was Deutschlands Schüler über die DDR (nicht) wissen

Die DDR war keine Diktatur, die Staatssicherheit ein normaler Geheimdienst, wie ihn jeder Staat hat, und die Berliner Mauer wurde von den Alliierten gebaut. Oder etwa nicht? Eine Studie der Freien Universität Berlin offenbart, wie wenig Wissen Schüler über die DDR haben – vor allem im Osten Deutschlands. Dort lebe die DDR als „sozial verklärte und politisch verharmloste Gesellschaft fort“, so Klaus Schroeder, wissenschaftlicher Leiter der Studie. Befragt wurden 5200 Schüler zwischen 15 und 17 Jahren in Bayern, Berlin, Brandenburg und Nordrhein-Westfalen zu ihrem Urteil und Wissen über die DDR.

Doch was war die DDR wirklich für ein Staat? Und was können junge Menschen aus 40 Jahren DDR lernen?

„In der DDR war der Alltag für viele durch Diktatur und Überwachung geprägt.“ (S. 331)



„Für wie wichtig halten Sie die Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte im schulischen Unterricht?“

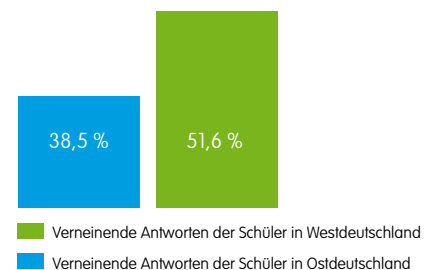
11,5 %

der Schüler sagen „... eher unwichtig / unwichtig“

84,3 %

der Schüler sagen „... eher wichtig / sehr wichtig“

„Die Regierung der DDR war durch demokratische Wahlen legitimiert.“ (S. 350)



7./9. Mai

1945

Unterzeichnung der bedingungslosen Kapitulation aller deutschen Streitkräfte und damit Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa.

Juni

1945

Die Regierungen der Vier Mächte übernehmen die „oberste Regierungsgewalt in Deutschland“. Aufteilung Deutschlands in vier Besatzungszonen, Berlin unter einer Militärkommandantur in vier Sektoren.

1945

Beginn der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ): Entschädigungslose Enteignung privaten Großgrundbesitzes über 100 Hektar.

EISERNER VORHANG

Großbritanniens vormaliger Premierminister Winston Churchill rief 1945 mit Blick auf das von der Roten Armee eroberte Osteuropa zur Wachsamkeit auf: „Ein eiserner Vorhang ist [...] niedergegangen. Was dahinter vor sich geht, wissen wir nicht.“ Gemeint war damit die Abschottung des von der Sowjetunion beherrschten Ostblocks.

Juni

1948

Währungsreform in den drei Westzonen und in West-Berlin. Die Zuteilung von Lebensmitteln und Waren durch Marken und Bezugsscheine wird abgeschafft. Einführung der Sozialen Marktwirtschaft durch Ludwig Erhard. Währungsumstellung auch in der SBZ.

7. Oktober

1949

Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (DDR). „Einheitslisten-Wahlen“ zum Deutschen Volkskongress (15./16.5.). Wilhelm Pieck wird erster Staatspräsident der DDR (11.10.).

21./22. April

1946

Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands). Die anderen Parteien werden 1946/1948 im SED-gelenkten Parteienblock zusammengefasst.

1945

1946

1947

1948

1949

1945

Errichtung von Speziallagern in der SBZ. Ca. 190 000 Menschen – nicht nur Mitglieder und Funktionäre der NSDAP, sondern auch politische Gegner der kommunistischen Machthaber – werden dort interniert. Aufgrund der schlechten Lebensbedingungen sterben ca. 45 000 Menschen. Bis 1950 werden die Speziallager aufgelöst.

5. Juni

1947

Ankündigung des Marshallplans als Hilfs- und Wiederaufbauprogramm für Europa. 17 europäische Staaten nehmen teil, die Sowjetunion und die ihrem Einfluss unterliegenden ostmitteleuropäischen Staaten lehnen die Hilfe auf Anweisung von Stalin ab.

24. Juni – 12. Mai

1948/1949

Berlin-Blockade, bei der die Sowjetunion die Zugangswege zu Land und zu Wasser nach West-Berlin sperrt, nur Luftkorridore bleiben offen. Die USA und Großbritannien reagieren mit einer „Luftbrücke“, der Versorgung der West-Berliner mit lebenswichtigen Gütern durch Flugzeuge („Rosinenbomber“).

KALTER KRIEG

Der „Kalte Krieg“ bezeichnet die Zuspitzung des Ost-West-Konflikts zwischen dem Ostblock mit der Sowjetunion und dem Westen unter der Führung der USA nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Über 40 Jahre lang sollte diese Konfrontation, bedingt durch macht- und ideenpolitische Gegensätze, das Schicksal Deutschlands bestimmen.

Dieses „Gleichgewicht des Schreckens“ hielt bis zum Ende des Ost-West-Konfliktes. Vor allem durch kluges Krisenmanagement – z. B. der amerikanischen Regierung in der Kubakrise –, durch Glück und individuelle Umsicht unmittelbarer Beteiligten schlug der „kalte“ Krieg nicht in einen „heißen“, echten Krieg um.

23. Mai

1949

Verkündung des Grundgesetzes und damit Gründung der Bundesrepublik Deutschland. Erste Bundestagswahl (14.8.). Konrad Adenauer wird erster Bundeskanzler (15.9.).



PLANWIRTSCHAFT

Im Gegensatz zur Marktwirtschaft wurde von der SED nach sowjetischem Vorbild ein zentraler Gesamtplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft (auf der Grundlage verstaatlichter Betriebe) ausgearbeitet. Er legte genau Umfang und Schwerpunkte der Produktion und die Zuteilung der Waren über mehrere Jahre (meist Fünfjahrespläne) sowie die Preise fest. Da das Konsumverhalten der Menschen aber nicht genau vorausszusehen ist, wurde am Bedarf vorbeigeplant. Unverkäufliche Ladenhüter einerseits und ständiger Mangel an hochwertigen Waren andererseits gehörten zu den Charakteristika. Zum Niedergang der zentralistisch gesteuerten Planwirtschaft führten zusätzlich der fehlende Wettbewerb, die künstlich aufrechterhaltene Vollbeschäftigung und die massive Subventionierung von Mieten und Lebensmitteln.

29. September
1950

Aufnahme der DDR in den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW). Dieser wurde am 25.1.1949 von der Sowjetunion gegründet. Dem RGW gehörten außerdem an: Bulgarien, CSR, Polen, Rumänien und Ungarn.

18. April
1951

Gründung der EGKS (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, auch Montanunion) durch Frankreich, Italien, die Beneluxstaaten und die Bundesrepublik.

14. Mai
1955

Gründung des Warschauer Pakts als politisches und militärisches Gegengewicht zur NATO. Auch die DDR wird Mitglied.

17. Dezember
1963

Erstes Passierscheinabkommen. West-Berliner Bürger können erstmals wieder Verwandte im Osten der Stadt besuchen.

27. Mai
1952

Errichtung einer Sperrzone in der DDR entlang der Zonengrenze nach Unterzeichnung der Verträge zur Westintegration der Bundesrepublik in Bonn. Die Vier-Sektoren-Stadt Berlin bleibt das letzte offene „Schlupfloch“ Richtung Westen.

25. März
1957

Die sechs Montanunionstaaten unterzeichnen die Römischen Verträge über die Schaffung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM bzw. EAG). Diese sind Vorläuferorganisationen der späteren EG/EU.

6. April
1968

In der neuen DDR-Verfassung wird der Führungsanspruch der SED festgeschrieben und die DDR als „sozialistischer Staat deutscher Nation“ bezeichnet. 1974 wird der Bezug auf die deutsche Nation gestrichen.

1950 1951 1952 1953 1955 1957 1961 1963 1968 1969

17. Juni
1953

Der Arbeiter- und Volksaufstand in Ostberlin und in der DDR gegen die DDR-Regierung wird gewaltsam mithilfe sowjetischer Panzer niedergeschlagen. Die Bundesrepublik erklärt den 17. Juni zum „Tag der deutschen Einheit“ und gesetzlichen Feiertag.

13. August
1961

Mauerbau. Ab 1962 „Häftlingsfreikauf“: Bis 1989 werden 33 755 politische Gefangene durch die Bundesrepublik freigekauft. Pro Person zahlt die Bundesrepublik 40.000 bis 100.000 D-Mark an die DDR.

20./21. August
1968

Ende des „Prager Frühlings“: Einmarsch der Truppen von fünf Warschauer-Pakt-Staaten in die CSSR zur gewaltsamen Niederschlagung der Reformbestrebungen.



5. Mai
1955

Beitritt der Bundesrepublik zum Nordatlantischen Verteidigungsbündnis (NATO). Im Deutschland-Vertrag verpflichten sich die drei Westmächte zur Unterstützung des Ziels einer Wiedervereinigung Deutschlands.



13. AUGUST 1961: MAUERBAU

In der Zeit von 1949 bis 1961 verließen ca. 2,7 Millionen Menschen die DDR. Am 13. August 1961 begann die DDR, eine Mauer entlang den Westsektoren Berlins aufzubauen und die Grenze zur Bundesrepublik weiter zu befestigen. Damit wurde der Westteil Berlins abgeriegelt und die Teilung Deutschlands zementiert. Die DDR-Führung bezeichnete die Mauer als „antifaschistischen Schutzwall“, der den Staat vor dem Westen schützen sollte.

KSZE

Mit der Unterzeichnung der Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) am 1. August 1975 in Helsinki verpflichteten sich die Staaten u. a. zur Wahrung der Menschenrechte. Die Schlussakte schuf eine Berufungsgrundlage, auf der in den Folgejahren Bürgerrechtler, oppositionelle Gruppen und andere Personen in verschiedenen Ostblockstaaten Reise-, Religions- und Meinungsfreiheit forderten. Seit 1978 begannen sich auch in der DDR, überwiegend unter dem Schutzdach der Kirche, oppositionelle Initiativen herauszubilden.

Mai
1972

Verabschiedung der Ostverträge im Bundestag.

November
1972

Neuwahlen, Wahlsieg Willy Brandts.

19. März
1970

Bundeskanzler Willy Brandt und Ministerpräsident Willi Stoph treffen sich in Erfurt zum ersten innerdeutschen Gipfelgespräch. Am 21. Mai erfolgt der Gegenbesuch Stophs in Kassel.

12. August
1970

Im „Moskauer Vertrag“ vereinbaren die Bundesrepublik und die UdSSR Gewaltverzicht und erklären die bestehenden Grenzen für unverletzlich. Die Bundesrepublik übergibt den „Brief zur deutschen Einheit“.

7. Dezember
1970

Warschauer Vertrag zwischen Bundesrepublik und Volksrepublik Polen. Bundeskanzler Brandt gedenkt mit seinem Kniefall von Warschau der Opfer des Warschauer Ghettoaufstandes.

21. Dezember
1972

Grundlagenvertrag zwischen Bundesrepublik und DDR: gegenseitiger Gewaltverzicht, Unverletzlichkeit der Grenzen, Austausch ständiger Vertretungen.



31. Juli
1973

Das Bundesverfassungsgericht bestätigt die Verfassungskonformität des Grundlagenvertrags und gibt zugleich seine maßgebliche Interpretation: Das Wiedervereinigungsgebot bleibt bestehen und ist für alle Verfassungsorgane bindend.

18. September
1973

Die Bundesrepublik und die DDR werden in die Vereinten Nationen (UNO) aufgenommen.

UNO

1970

1971

1972

1973

1975

1976



3. Mai
1971

Erich Honecker löst Walter Ulbricht als Ersten Sekretär des Zentralkomitees der SED ab.

3. September
1971

Viermächteabkommen über Berlin zum Rechtsstatus der geteilten Stadt, dem Verhältnis West-Berlins zur damaligen Bundesrepublik sowie zum Zugang nach West-Berlin. Am 17. Dezember wurde das Transitabkommen, die deutsche Ergänzung des Viermächteabkommens, unterzeichnet.

10. Dezember
1971

Bundeskanzler Willy Brandt erhält für seine Ostpolitik den Friedensnobelpreis.



1. August
1975

Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte durch 35 europäische Staaten, u. a. die DDR und die Bundesrepublik.

16. November
1976

Ausbürgerung des DDR-Liedermachers Wolf Biermann. Es folgen Proteste, Verhaftungen und Ausreisen von weiteren Schriftstellern, Schauspielern und anderen Künstlern („kultureller Aderlass“).





30. September

1989

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher verkündet den mehr als 4000 DDR-Bürgern in der bundesdeutschen Botschaft in Prag, dass die DDR ihrer Ausreise in die Bundesrepublik zugestimmt hat.

9. Oktober

1989

Ca. 70 000 Menschen fordern auf der Leipziger Montagsdemonstration politische Reformen. Trotz eines massiven Aufgebots bewaffneter Einheiten kommt es nicht zu blutigen Auseinandersetzungen.

18. März

1990

Erste und letzte freie und demokratische Volkskammerwahlen in der DDR. Sieg der „Allianz für Deutschland“ (DA, DSU und CDU).

18. Mai

1990

Der Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR über die „Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion“. Zum 1. Juli wird die DM offizielles Zahlungsmittel in der DDR.

1982

Regierungswechsel: Helmut Kohl wird neuer Bundeskanzler.

29. Juni

1983

Die Bundesrepublik bürgt für einen Milliardenkredit, den die DDR von bundesdeutschen Banken bekommt.

18. Oktober

1989

Rücktritt des DDR-Staats- und Parteichefs Erich Honecker. Nachfolger wird Egon Krenz.

4. November

1989

Größte Demonstration in der Geschichte der DDR mit ca. 500 000 Menschen auf dem Berliner Alexanderplatz.

15./16. Juli

1990

Besuch von Bundeskanzler Helmut Kohl, Außenminister Hans-Dietrich Genscher und Finanzminister Theo Waigel in der UdSSR; Einvernehmen über die deutsche Einheit und Abzug der sowjetischen Truppen.

23. August

1990

Volkskammer beschließt Beitritt der DDR zur Bundesrepublik nach Art. 23 GG.

April

1986

Michail Gorbatschow besucht den XI. Parteitag der SED. In der UdSSR leitet er „Glasnost“ (Offenheit) und „Perestroika“ (Umgestaltung) ein.

1982

1983

1986

1989

1990



2. Mai

1989

Beginn des Abbaus der Grenzbefestigungen zwischen Ungarn und Österreich. Kontrollen bleiben vorerst bestehen. In den Folgemonaten flüchten DDR-Bürger über Ungarn und Österreich in die Bundesrepublik.

31. August

1990

Unterzeichnung des Einigungsvertrags.



7. Mai

1989

Kommunalwahlen in der DDR. Oppositionelle Bürgerrechtsgruppen können die Fälschung der Wahlergebnisse nachweisen. Die Proteste münden in die Demonstrationen des Herbstes 1989.

7./8. November

1989

Rücktritt der DDR-Regierung. Die Bundesregierung fordert die Führung der DDR zu systemändernden Reformen auf: Verzicht auf das Machtmonopol der SED, Zulassung unabhängiger Parteien und Organisationen, Anberaumung freier Wahlen.

12. September

1990

Unterzeichnung des „Zwei-plus-Vier“-Vertrags (Bundesrepublik und DDR plus Vier Alliierte) über die Zukunft des vereinigten Deutschlands.



11. September

1989

Ungarn öffnet seine Westgrenze. Beginn der Massenflucht über die ungarisch-österreichische Grenze in die Bundesrepublik. Bis Monatsende fliehen ca. 30 000 DDR-Bürger. Andere DDR-Bürger flüchten in die bundesdeutschen Botschaften in Prag und Warschau.

9. November

1989

Tag der Maueröffnung.

28. November

1989

Bundeskanzler Helmut Kohl stellt das Zehn-Punkte-Programm vor, in dem ein schrittweiser Prozess zur Wiedergewinnung der deutschen Einheit umrissen wird.

3. Oktober

1990

Tag der Deutschen Einheit: Beitritt der DDR zur Bundesrepublik und damit Ende der Spaltung Deutschlands. Das Grundgesetz gilt jetzt für ganz Deutschland. Der 17. Juni als Nationalfeiertag wird gestrichen.

2. Dezember

1990

Erste gesamtdeutsche Bundestagswahlen.



Tausende in Dresden jubelten dem Kanzler zu

Bei Treffen mit Modrow Vertragsgemeinschaft beider Staaten verabredet

Von unserem Redakteur Heinz Murmann

Dresden - Tausende von Menschen haben am Freitagabend im Zentrum der Stadt eine Demonstration abgehalten, bei der sie sich dem Bundeskanzler Helmut Kohl am

über eine Million Menschen Ost-Berlin auf der Straße

Volkspolizei knüppelt Leipziger Demonstration

Wir fordern Freie Wahlen

Reform

DDR bricht Mauer auf -

Deutsche

Brandenburger Tor nach 28 Jahren wieder offen

Wiedereröffnung der DDR / Kohl: Eine der glücklichsten Stunden meines Lebens

DIE DEMOKRATIE IN IHREM LAUF HALT WEDER ROCHS

KUNSTHAUS ZENTRUM

stets neun Festnahmen

Größte Massenflucht seit dem

Ohne Visa

von Berlin nach Pisa

SED - Machtmissbrauch + Entmündigung PANZER '53, MAUER 61, MASSENFLUCHT '89

Mauerbau

Die Friedliche Revolution im Herbst 1989

Internationaler Kontext und Massenflucht

Glasnost und Perestroika

In der Sowjetunion stellte Präsident Michail Gorbatschow ab 1985 sein Reformprogramm unter zwei zentrale Überschriften: „Glasnost“ und „Perestroika“. Glasnost stand für Offenheit und Informationsfreiheit, Perestroika bedeutete die Modernisierung des politischen und wirtschaftlichen Systems, beides unter Beibehaltung der sozialistischen Ordnung und der führenden Rolle der kommunistischen Partei. Hintergrund war die zunehmende wirtschaftliche Belastung der UdSSR durch die Kosten ihres Imperiums. Der Versuch der UdSSR, mit einer modernisierten Generation von Mittelstreckenwaffen ein Druckpotenzial gegen Europa aufzubauen, scheiterte am Widerstand der NATO. 1987 willigte die Sowjetunion unter Gorbatschow in den INF-Vertrag ein, durch den alle Mittelstreckenwaffen in Europa beseitigt wurden. Am 12. Juni 1987 hielt der amerikanische Präsident Ronald Reagan an der Berliner Mauer am Brandenburger Tor eine Rede: „Mr. Gorbachev, tear down this wall!“

In der DDR hofften viele auf ähnliche Reformen wie in der Sowjetunion. Als ihre Erwartungen von der SED-Führung enttäuscht wurden, die um ihr Machtmonopol fürchtete, entschieden sich zunehmend viele Menschen, Anträge auf Ausreise aus der DDR zu stellen.

Polen

Die kommunistische Partei fühlte sich durch die aufkommende Oppositionsbewegung, insbesondere durch die im August 1980 gegründete unabhängige Gewerkschaft „Solidarität“ („Solidarność“) bedroht. Sie verhängte am 13. Dezember 1981 das Kriegsrecht und verbot die Solidarność. Diese existierte weiter im Untergrund. Der Besuch des (polnischen) Papstes Johannes Paul II. im Juni 1983 stärkte die antikomunistische Stimmung. Einen Monat später wurde das Kriegsrecht aufgehoben. Aber erst im Februar 1989 kamen in Warschau Verhandlungen am ersten „Runden Tisch“ zwischen der wieder zugelassenen Solidarność und der kommunistischen Regierung über Auswege aus der nationalen Krise zustande. Aus den ersten freien und demokratischen Wahlen im Ostblock ging die oppositionelle Solidarność als klarer Sieger hervor. „Mit Solidarność“, so ihr Mitbegründer Bogdan Lis, „hatte der Marsch Osteuropas in die Freiheit begonnen.“

Der Weg in die Freiheit

Am 2. Mai 1989 zerschneiden ungarische Grenzsoldaten den Stacheldraht an der Grenze zu Österreich. Der von Stalin mitten durch Europa und Deutschland gezogene Eiserne Vorhang bekommt ein erstes Loch. Zunächst ahnt niemand, welche Umwälzungen dadurch ausgelöst werden. Sie fegen nicht nur die SED-Machthaber aus der Regierung, sondern führen in kürzester Zeit auch zur Wiedervereinigung der Deutschen. Zugleich wird das Tor aufgestoßen zu einer Friedensordnung in Europa, die alle Völker des Kontinents einbeziehen wird.

Bei den Kommunalwahlen in der DDR am 7. Mai 1989 können Bürgerrechtsgruppen durch Beobachtung der Auszählung in den Wahllokalen die Fälschung der Wahlergebnisse ans Licht bringen. Es gibt erste Protestdemonstrationen und zahlreiche Verhaftungen. Die Menschen lassen sich nicht mehr einschüchtern. Parallel zu den anwachsenden Protesten, besonders in Leipzig nach den Friedensgebeten mit Kerzen in der Nikolaikirche, wächst die Zahl der Flüchtlinge. Viele flüchten in die westdeutschen Botschaften in Prag, Budapest und Warschau.

Sie verlassen ein Zwangsregime, das die Menschen bespitzelt, ihnen die Bürgerrechte vorenthält und sich anschießt, den 40. Jahrestag dieser Herrschaft zu feiern. Noch am 19. Januar 1989 hatte der Staats- und Parteichef Erich Honecker verkündet, die Mauer werde „in 50 und auch in 100 Jahren noch bestehen, wenn die dazu vorhandenen Gründe nicht beseitigt sind.“ Der Widerstand Honeckers gegen den Reformkurs des sowjetischen Staatschefs Michail Gorbatschow lässt die Situation für die Menschen in der DDR immer auswegloser erscheinen.

Ein Friedenspicknick der „Paneuropa-Union“ am 19. August 1989 bei Sopron nutzen 700 Ungarn-„Urlauber“ unter stillschweigender Duldung der Grenzsoldaten zum „illegalen Grenzübertritt“.

Nachdem Ungarn am 11. September die Grenze zu Österreich regulär geöffnet hat, kommt es in kurzer Zeit zu einer Massenflucht. Allein bis Ende des Monats gelangen ungefähr 30 000 DDR-Bürger über Österreich in die Bundesrepublik. Für die in der Prager Botschaft eingeschlossenen Flüchtlinge erreicht Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher am 30. September die Erlaubnis zur Ausreise. Etwa 4 000 Menschen im Garten des Botschaftsgebäudes können mit Sonderzügen durch die DDR in die Bundesrepublik fahren und werden dort mit Jubel begrüßt – ein Triumph des Freiheitswillens.

Bürgerrechtsbewegungen, Überwachung und Repression in der DDR

Der Tag des Mauerfalls

„Wir sind das Volk!“

Auch der Druck innerhalb der DDR nimmt zu. Die Montagsgebete in der Leipziger Nikolai-Kirche werden zum Ausgangspunkt von Demonstrationen, die sich trotz harten Vorgehens der Sicherheitsbehörden schnell ausbreiten. Der hohe SED-Politiker Horst Sindermann wird später eingestehen:

„Wir hatten alles geplant. Wir waren auf alles vorbereitet. Nur nicht auf Kerzen und Gebete.“

Die Menschen riefen auf den Straßen zunehmend lautstark: „Wir sind das Volk!“, „Keine Gewalt“, „Stasi raus“, „Gorbi, Gorbi!“ oder „Demokratie jetzt oder nie“. Auch außerhalb der Kirchen formieren sich öffentlich Oppositionsgruppen. Gegen den Widerstand der DDR lässt Ungarn nach Verhandlungen mit der Bundesregierung mehr als 6 000 DDR-Bewohner ausreisen. Bonn gelingt es, nach wochenlangem Tauziehen mit der Honecker-Regierung, den Weg für die Menschen aus den Botschaften in die Bundesrepublik freizumachen.

Unmittelbar vor den Staatsfeiern zum 40. Gründungstag der DDR bringt Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher am 30. September 1989 den in der Prager Botschaft eingeschlossenen Flüchtlingen die Nachricht: Ihre Ausreise steht bevor. Dieser Satz geht um die Welt. Die Freude und der Jubel unter den über 4 000 Menschen im Garten des Botschaftsgebäudes sind riesengroß. Die Ausreise mit Sonderzügen durch die DDR in die Bundesrepublik wird zum Triumph des Freiheitswillens. Dort empfängt die Bevölkerung die Flüchtlinge mit offenen Armen.

Es kommt zu Unruhen in Leipzig, dann in Dresden. Und in der Folge zu Demonstrationen in der ganzen DDR. Jetzt wird Geschichte zum Stenogramm: 70 000 Leipziger rufen am 9. Oktober „Wir sind das Volk!“, Honecker tritt am 18. Oktober zurück, Egon Krenz wird sein Nachfolger. Am Abend vor seiner Amtsübernahme demonstrieren 300 000 Leipziger für freie Wahlen.

Überwachung und Repression

Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) war kein „normales“ Ministerium, sondern als Geheimdienst bzw. Nachrichtendienst, ebenso auch als politische Geheimpolizei und Organ für strafrechtliche Untersuchungen, vor allem in politischen Strafsachen, zuständig. Direkt dem SED-Generalsekretär unterstellt, diente es als „Schild und Schwert der Partei“ der SED zur Absicherung ihrer Diktatur. Der

Repressionsapparat – an deren Spitze das MfS stand – war Teil des Instrumentariums, mit dem die „führende Partei“ die Gesellschaft möglichst vollständig kontrollieren, lenken und durchdringen wollte. Die offene Repression ließ seit den Siebziger Jahren nach, weil die DDR ihr Bemühen um internationale Reputation nicht gefährden wollte. Seitdem wurde die gezielte Überwachung der Bevölkerung flächendeckend und immer umfassender ausgebaut. So genannte IM (Inoffizielle, also verdeckte Mitarbeiter) der Staatssicherheit waren in allen Bereichen der DDR-Gesellschaft tätig und lieferten riesige Mengen von Berichten an ihre Führungsoffiziere. Während der gesamten DDR-Zeit waren rund 600 000 Inoffizielle Mitarbeiter für das Ministerium für Staatssicherheit tätig. Mitte der 1980er-Jahre gab es 91 000 Hauptamtliche Mitarbeiter, flankiert von ca. 179 000 Inoffiziellen Mitarbeitern. Mit der Bevölkerungszahl der DDR von rund 17 Millionen Menschen ins Verhältnis gesetzt, war das eine der höchsten Geheimdienstquoten weltweit: Durchschnittlich kam auf 180 Menschen in der DDR ein Mitarbeiter der Staatssicherheit (Sowjetunion 600:1). Neben Bespitzelung und Überwachung gehörten Gewaltanwendung, Freiheitsberaubung, Unterdrückung, Einschüchterung und „Zersetzung“ zu den Praktiken der Staatssicherheit. Gerade zahlreiche Oppositionelle, Bürgerrechtler und Künstler der DDR wurden mit diesen Methoden drangsaliert und zum Teil terrorisiert. Am 15. Januar 1990 besetzten Bürgerrechtler die Zentrale der Staatssicherheit in der Berliner Normannenstraße und sicherten damit zahlreiches Aktenmaterial vor ihrer Zerstörung.

Der Mauerfall

Da die DDR-Medien anfangs gar nicht und später falsch über die Ereignisse der Friedlichen Revolution berichten, kommt den West-Medien eine besondere Rolle zu. Durch ihre Berichterstattung informieren sie die DDR-Bevölkerung über den tatsächlichen Verlauf der Ereignisse. Der Umbruch in der DDR wird so zur ersten Revolution, deren Verlauf die Akteure auf den Fernsehbildschirmen verfolgen konnten. So sahen viele Menschen auch die Tagesschau am Abend des 9. November 1989 mit dem Bericht „DDR öffnet Grenze“. Günter Schabowski als Mitglied des SED-Politbüros verliest auf einer Pressekonferenz beiläufig das neue Reisegesetz, wonach ab sofort Privatreisen in die Bundesrepublik für alle Bürger der DDR mit Visum erlaubt seien. Die Menschen fragen sich an diesem Abend, was das zu bedeuten hat. In Ost- und West-Berlin machen sie sich zu Tausenden auf den Weg zu den Grenzübergängen und fordern, auf die andere Seite zu können. „Tor auf, Tor auf“, rufen sie. Schließlich geben die Grenzsoldaten dem Druck der Massen nach und öffnen noch am Abend des 9. November die Grenzübergänge nach West-Berlin und in die Bundesrepublik.

Weinend vor Freude und Glück liegen sich Menschen aus Ost und West in den Armen, besuchen einander zu Tausenden in dieser Nacht.



Auf dem Weg zur Deutschen Einheit

Der Weg in die Einheit

Am 28. November 1989 legt Bundeskanzler Helmut Kohl in Bonn sein Zehn-Punkte-Programm vor, das eine stufenweise föderative Annäherung beider deutscher Staaten mit dem Endziel der Wiedervereinigung vorsieht.

Am 7. Dezember treffen sich erstmals Vertreter der SED und der vier ehemaligen Blockparteien mit führenden Vertretern von Oppositionsgruppen an einem zentralen „Runden Tisch“.

Diese fordern die SED-Regierung auf, den Staatssicherheitsdienst aufzulösen und freie Wahlen durchzuführen. Die SED versucht, ihrer Vergangenheit zu entfliehen und ändert später ihren Namen in SED-PDS („Partei des Demokratischen Sozialismus“), später fällt der erste Namensteil ganz weg. Heute nennt sie sich Die Linke (Zusammenschluss der WASG und der Linkspartei. PDS). In Bonn wird unter Vorsitz von Bundeskanzler Kohl der Kabinettsausschuss „Deutsche Einheit“ gebildet. Bonn bietet der DDR Verhandlungen über eine Währungsunion an. Am 1. März erklärt die aus dem Demokratischen Aufbruch (DA), der Deutschen Sozialen Union (DSU) und der CDU gebildete „Allianz für Deutschland“, sie wolle die Einheit durch Übernahme des Bonner Grundgesetzes.

Freie Wahlen

Bei den ersten demokratischen Wahlen am 18. März 1990 zur DDR-Volkskammer gewinnt die „Allianz für Deutschland“ überraschend klar. Die CDU, mit über 40 Prozent der Wählerstimmen stärkste Partei, stellt mit Lothar de Maizière den Ministerpräsidenten einer Koalition aus Allianz für Deutschland, SPD und Liberalen. Auch aus den Kommunalwahlen (6.5.90) geht die CDU als stärkste Partei hervor. Die folgenden Monate sind von der fieberhaften Arbeit am deutschen Einigungswerk geprägt. Die Bundesregierung einigt sich mit den Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder auf die Schaffung des Fonds „Deutsche Einheit“ zur Finanzierung des sozialen und wirtschaftlichen Auf- und Ausbaus in der ehemaligen DDR.

Im Einvernehmen mit den Nachbarn

Parallel zu den innerdeutschen Anstrengungen erfolgt die außenpolitische Absicherung der Einheit. Bei den sogenannten 2+4-Gesprächen (Bundesrepublik, DDR sowie die vier Mächte USA, Großbritannien, Frankreich und Sowjetunion) gelingt es, letzte Hürden aus dem Weg zu räumen. Eine vom Bundestag und von der Volkskammer verabschiedete Entschließung zur Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze sowie mehrtägige Verhandlungen zwischen Bundeskanzler Kohl und dem sowjetischen Staatschef Gorbatschow Mitte Juli 1990 bringen den Durchbruch. Der vollen Souveränität für das ganze Deutschland sowie der Mitgliedschaft im Nordatlantischen Verteidigungsbündnis (NATO) steht nichts mehr im Wege.

Während die Menschen in Ost und West im Alltag bereits die Vereinigung praktizieren, werden mit dem Einigungsvertrag die entscheidenden rechtlichen Bestimmungen festgelegt. Am 23. August beschließt die Volkskammer den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland zum 3. Oktober 1990 gemäß Artikel 23 des Bonner Grundgesetzes. Am 20. September wird der Einigungsvertrag von beiden Parlamenten mit Zweidrittelmehrheit verabschiedet. Vier Tage später verlässt die DDR den Warschauer Pakt. Am 2. Oktober löst sich die Volkskammer auf.



Die Einheit ist erreicht

In der Nacht zum 3. Oktober 1990 sind Hunderttausende vor dem Reichstag in Berlin mit dabei, als kurz vor Mitternacht die schwarz-rot-goldene Fahne zum Zeichen der Einheit aufgezogen wird.

Die Freiheitsglocke läutet. Um null Uhr ist die Deutsche Einheit erreicht, die staatliche Trennung überwunden.

In ganz Deutschland wird dieses Ereignis mit Straßenfesten und Feuerwerk gefeiert. Der 3. Oktober wird als „Tag der Deutschen Einheit“ zum deutschen Nationalfeiertag. Nun sind wir Deutschen EIN Volk, es wurde Wirklichkeit, wovon Jahre vorher nur wenige zu träumen gewagt hatten. Seitdem ist viel erreicht worden, aber es gibt noch viel zu tun. Denn die Nachwirkungen der jahrzehntelangen Teilung lassen sich nicht einfach und schnell beseitigen.

Didaktische Hinweise für die Lehrer

Hinweise zum Einsatz der Materialien im Unterricht

Auf den folgenden Seiten finden Sie Arbeitsblätter, die Sie an der perforierten Linie heraustrennen und für den Einsatz im Unterricht kopieren können. Sie sind aber ebenso zur persönlichen Unterrichtsvorbereitung geeignet.

Die Arbeitsblätter vertiefen mit zahlreichen Beispielen und Arbeitsaufträgen die in diesem Magazin behandelten Themen. Dadurch sollen die Schülerinnen und Schüler zur selbstständigen, nachhaltigen und differenzierten Auseinandersetzung mit der Geschichte der DDR und der SED-Diktatur angeregt werden. Beispielhafte demokratische Grundwerte, die für Jugendliche von Interesse sind, wurden ausgewählt. Anhand dieser soll die Realität in der Diktatur dargestellt und der Wert dieser Grundrechte in der heutigen Zeit verständlich gemacht werden. Vom Zusammenfassen von Kenntnissen, von der Anwendung und Analyse über die eigenständige Recherche bis hin zu Fragen, die eine Bewertung und Beurteilung erfordern, sind Aufgaben auf den jeweiligen Arbeitsblättern vorhanden.

Arbeitsblatt

„Ossis“ und „Wessis“ eignet sich zum Einstieg in das Thema. Schüler und Studenten berichten über ihre persönlichen Erfahrungen mit Ost- und Westdeutschen.

Arbeitsblatt

DDR-Wissen gibt den Jugendlichen die Möglichkeit, ihr Wissen zur deutsch-deutschen Geschichte anhand eines kurzen Quiz zu testen. Wissenslücken sollen durch die Arbeit mit den Kopiervorlagen geschlossen werden.

Arbeitsblatt

DDR formal zeigt den politischen Aufbau des DDR-Staates in Form eines übersichtlichen Schaubildes.

Arbeitsblatt

Staatssicherheit stellt dar, auf welche Art und Weise das Ministerium für Staatssicherheit die Herrschaft der SED sicherte.

Arbeitsblatt

Pressefreiheit beschäftigt sich mit der Presse als „schärfster Waffe“ der Partei und geht dabei auch auf die Rolle westlicher Hörfunk- und Fernsehprogramme in der DDR ein.

Arbeitsblatt

Meinungsfreiheit zeigt anhand konkreter Beispiele, wie mit kritischen Stimmen von Künstlern und einfachen Menschen in der DDR umgegangen wurde.

Arbeitsblatt

Wahlen erläutert die Funktionsweise der Wahlen in der DDR. Welche Bedeutung die Kommunalwahlen 1989 für den Beginn der Friedlichen Revolution hatten, machen Reaktionen einiger Menschen auf die Wahlfälschung deutlich.

Arbeitsblatt

Persönliche Freiheit beschäftigt sich mit den Ursachen für die Fluchtbewegung und beschreibt, wie sich der Staat gegenüber ausreisewilligen DDR-Bürgern verhalten hat.

Arbeitsblatt

Gewerbefreiheit stellt beispielhaft dar, wie die Enteignung privaten Eigentums und der Wirtschaft in der DDR vollzogen wurde.

Arbeitsblatt

Studienwahl und Berufsfreiheit beleuchtet die fehlenden Möglichkeiten der freien Studien- und Berufswahl im sozialistischen Bildungssystem.

Arbeitsblatt

Plakatwettbewerb zeigt kreativ gestaltete Plakate zum Studentenwettbewerb „geschichts-codes“ der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Arbeitsblatt

Ostalgie räumt mit Mythen auf, welche die DDR-Wirklichkeit verklären.

Inhaltsverzeichnis Arbeitsblätter

Wie war das wirklich in der DDR?

16/17

„Ossis“ und „Wessis“

18/19

DDR-Wissen
DDR formal

20/21

Staatssicherheit

22/23

Pressefreiheit

24/25

Meinungsfreiheit

FRAGEN:
FRAGEN:
FRAGEN:

26/27

Wahlen

28/29

Persönliche Freiheit

30/31

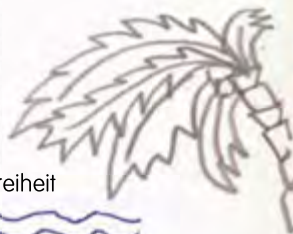
Gewerbefreiheit
Studienwahl und Berufsfreiheit

32/33

Plakatwettbewerb

34

Ostalgie



... und heute?

Wie ist das mit den Vorurteilen gegenüber „Ossis“ und „Wessis“?



Das alte „Ossi-Wessi-Denken“

Die Friedliche Revolution war zunächst eine Zeit der Euphorie: „Wir sind ein Volk!“ und „Deutschland einig Vaterland“, riefen die Menschen lautstark auf den Straßen. Neben allem Glück und der Freude über die Wiedervereinigung Deutschlands entstanden aber auch Vorurteile über Ossis und Wessis.

Fast 20 Jahre nach dem Fall der Mauer ist das Schubladendenken nicht ausgeräumt.

Auf die Frage, was der ostdeutschen Band „Silbermond“ am wenigsten an unserem Land gefällt, antwortet diese: „Das alte Ossi-Wessi-Denken.“

Denn mit ihren Texten will „Silbermond“ für das weltoffene und tolerante Lebensgefühl junger Menschen stehen, die neugierig auf das Leben sind.

Welche Stereotype existieren bis heute, wo liegen die Ursachen dafür und wie lassen sich Vorurteile überwinden?

WESSIS!



Betrachte die Karikatur und überlege, welches Vorurteil hier transportiert wird!

OSSIS!



„Typisch Meckerossi, typisch Besserwessi!“

Die Jugendzeitschrift „Spiesser“ hat sich in einer Spezialausgabe intensiv mit dem Phänomen „Ossi“ und „Wessi“ beschäftigt. Was westdeutsche und ostdeutsche Jugendliche übereinander denken, könnt ihr hier in kleinen Ausschnitten erfahren...

MELANIE, 22, studiert in Halle an der Saale Medizin. *„Im Osten sieht alles kaputt und dreckig aus.“* So denken Bekannte aus meiner Heimatstadt Rottweil in Baden-Württemberg, aber das ist natürlich Quatsch. Viele Wessis waren kurz nach der Wende mal *„drüben“*. Jetzt glauben sie, da sieht es immer noch so aus wie vor 15 Jahren. All diese materiellen Dinge haben auch nichts mit dem Charakter von Menschen zu tun. *Den gemeinen Meckerossi* habe ich jedenfalls noch nicht oft getroffen.“

„Es ist richtig, dass viel mehr Ostdeutsche den Westen besuchen als andersherum. Das war auch schon nach der Wiedervereinigung so. *Damals waren die Ossis natürlich neugierig auf den Westen* [...]. Den meisten ‚alten‘ Bundesbürgern hingegen lagen London und Paris näher als Leipzig oder Potsdam. Heute ist die Arbeitsmarktsituation daran schuld, dass viel mehr Ossis im Westen leben. Jugendliche finden dort schneller eine Ausbildung.“

(Hans-Georg Golz, Redakteur der Zeitschrift „Aus Politik und Zeitgeschichte“)

MAX, 18, Schüler in Dresden. „Die Leute im Westen können sich viel besser verkaufen. *Die Ossis sind extrem zurückhaltend* und gar nicht selbstbewusst. Ein Kumpel von mir meinte, er könne überhaupt nicht Gitarre spielen. Dabei klingt es großartig, wenn er in die Saiten haut. Die Ostdeutschen nehmen sich nicht, was ihnen zusteht.“

„Sich so gut wie möglich präsentieren, das musste man in der DDR nicht. Hier war die Karriere weitgehend geregelt. Entweder ging es nach der Schule auf die Hochschule oder zum Arbeiten. *Im Westen lebte man in einer Leistungsgesellschaft* und musste sich durchsetzen. [...] Heute kann sich ein junger Ostdeutscher genauso gut verkaufen wie ein junger Westdeutscher [...].“

(Jochen Staadt, Projektleiter des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin)

SARAH, 18, ist enttäuscht. Ihre Mutter tauschte für ihren Wessi-Freund Karriere gegen Haushalt.

„Meine Mutti war auf einmal nicht mehr die ehrgeizige und selbstständige Frau, die sie früher mal war. Nachdem sie aufhörte zu arbeiten, stand sie den ganzen Tag nur noch in der Küche und räumte ihrem Freund alles hinterher. Laut Klischee läuft das im Westen ebenso: Die Frau kümmert sich ums Haus, der Mann schafft das Geld ran. Ich fand das ziemlich doof und war sehr enttäuscht.“

„Junge Frauen in den alten Ländern wollen genauso einen Beruf erlernen und arbeiten gehen wie ihre Geschlechtsgenossinnen im Osten. Mit dem ersten Kind unterscheiden sich aber plötzlich die Ansichten in Ost und West: *Ost-Frauen wollen möglichst schnell wieder arbeiten*, Frauen aus den alten Ländern bleiben wie selbstverständlich länger zu Hause. Die Unterschiede sind historisch bedingt. In der DDR wurde das Bild *„Emanzipation durch Arbeit“* propagiert, in der Bundesrepublik dominierte dagegen das Leitbild vom männlichen Ernährer aus Zeiten der Industrialisierung.“

(Hildegard-Maria Nickel, Professorin für Gender Studies an der Humboldt-Universität zu Berlin)

ENRICO, 20, *„Ich glaube, es gibt gar keine wirklichen Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen.“* Die sind nur konstruiert. Jeder Mensch ist anders – das kann man doch nicht einfach auf die Herkunft schieben. Wer als Ossi im Westen keine Freunde findet, ist selbst schuld. Ich kann nicht hierher ziehen und gleichzeitig im Kopf eine Mauer hochziehen.“

„Ossi oder Wessi, das sind Begriffe, die in unserer Generation nicht mehr gefragt sind. Die Tatsache, dass wir *im Osten geboren* sind, ist absolut nicht ausschlaggebend für unsere Identität. *Wir sind in ein und demselben Deutschland* aufgewachsen“, so die ostdeutsche Erfolgsband „Tokio Hotel“.

Vorurteile hat jeder Mensch. Bedenklich werden diese erst, wenn sie zu Pauschalurteilen führen. Wie entstehen Vorurteile, und wie lassen sie sich ausräumen? Berichte von deinen Erfahrungen!

ENRICO

Wie war das damals...?

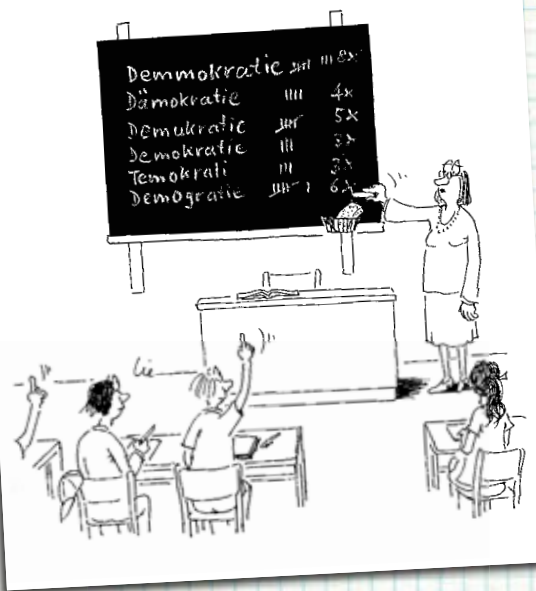
FRAGEN:
FRAGEN:
FRAGEN:

1. WAS PASSIERTE AM 17. JUNI 1953?
2. WOFÜR ~~STEHT~~ & STEHT DIE ABKÜRZUNG SED?
3. WIE WURDE DIE MAUER VON OFFIZIELLER SEITE
SEITE DER DDR BEZEICHNET?
4. WOFÜR STEHT DAS KÜRZEL STASI?
5. WAS ZEIGT DIE DDR-FLAGGE?
6. IN WELCHEM LAND WAR HELMUT KOHL EIN
POLITIKER?
7. ERICH HONECKER HAT WELCHEN
~~STAAT REGIERT?~~
STAAT REGIERT?

Auflösung der Fragen auf Seite 35

„Zentraler Runder Tisch“

Im Jahr der Friedlichen Revolution und des Mauerfalls ging es in der DDR turbulent zu. Die Regierung der DDR trat zurück und wurde neu gebildet. Um den Umbruch in der DDR zu organisieren, versammelten sich am 7. Dezember 1989 neben den Repräsentanten des „alten“ Systems Vertreter der neu gegründeten politischen Gruppen und Parteien zum „Zentralen Runden Tisch“ in Berlin. Er beeinflusste die Entscheidungen der Übergangsregierung, übte aber keine direkte Macht aus.



Stellt euch vor, ihr sitzt mit an einem „Runden Tisch“ und dürft die künftige Regierungsform in Deutschland bestimmen. Teilt euch in Gruppen auf und nehmt folgende Rollen ein: (Bundes)Präsident (Demokratie) und Diktator (Diktatur). Diskutiert Vor- und Nachteile der Regierungsformen!

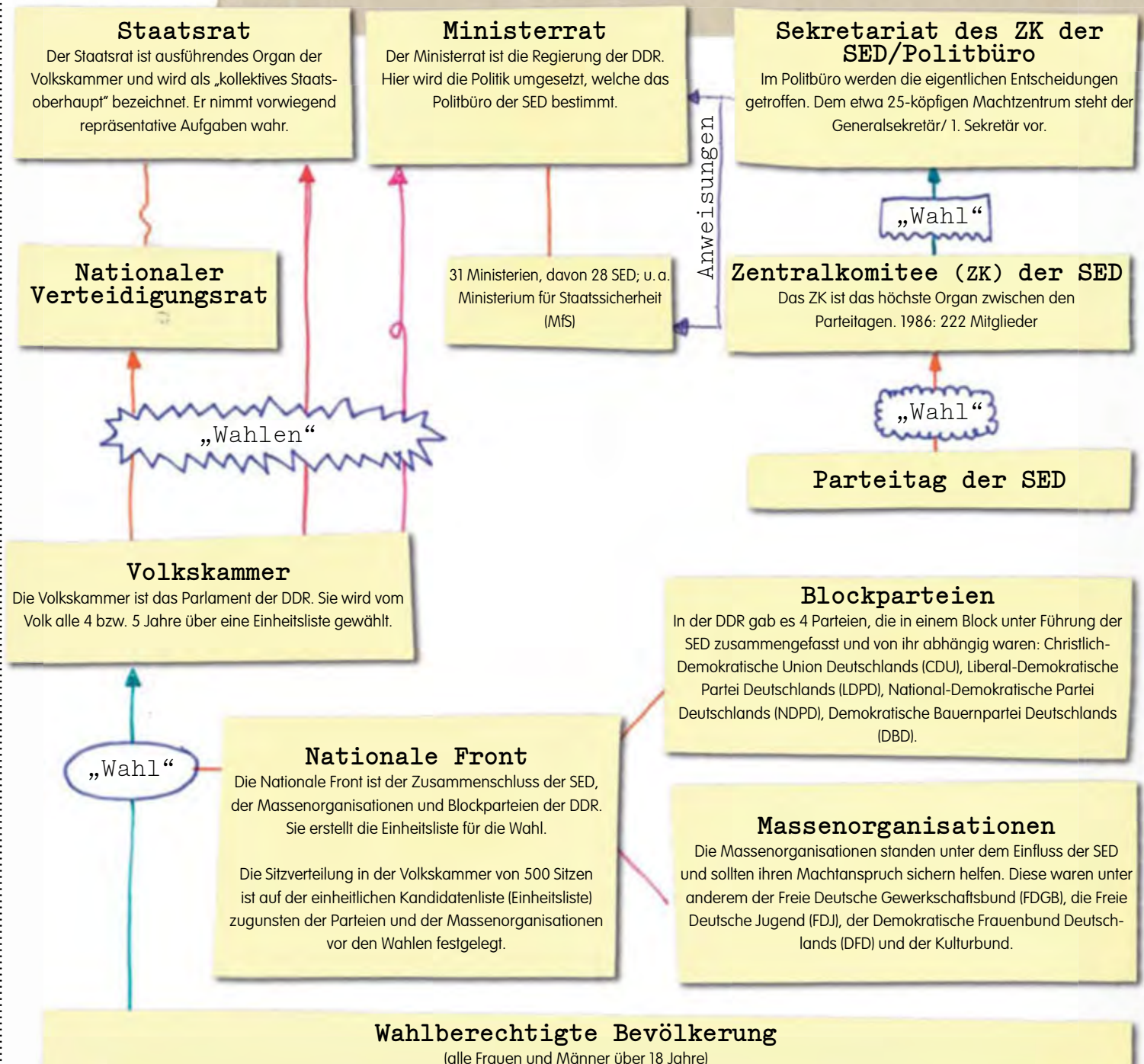
Wie war das mit dem politischen System in der DDR?

Artikel 1 der Verfassung der DDR vom 7. Oktober 1974:

„Die Deutsche Demokratische Republik ist ein sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern. Sie ist die politische Organisation der Werktätigen in Stadt und Land unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei.“

Vergleiche den Artikel 1 der Verfassung der DDR mit Artikel 20 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland! Welche Unterschiede stellst du fest? Welche Auswirkungen hatten diese?

Staatsaufbau der DDR



Wie war das mit der Staatssicherheit in der DDR?

Tod im Stasiknast

Unter mysteriösen Umständen stirbt am 12. April 1981 ein junger Mann im Gefängnis der Staatssicherheit in Gera. Selbstmord, so heißt es im offiziellen Bericht des Geheimdienstes.

Der 23-Jährige gehört einer kirchlichen Jugendgruppe an, die sich für Meinungsfreiheit und Menschenrechte stark macht. Dabei gerät er immer wieder in Konflikte mit der Staatssicherheit, wird von ihr verhört und zeitweise verhaftet. Der junge Mann muss seine Berufs-

ausbildung abbrechen, arbeitet als Schlosser und wird zum Wehrdienst gezwungen. Im April 1981 nimmt ihn die Staatssicherheit erneut fest und verhört ihn mehr als 36 Stunden. Danach ist er tot. Was ist damals geschehen?



Bis zum Ende der DDR unterliegen die Untersuchungen strengster Geheimhaltung. Danach versuchen Freunde, den Fall aufzuklären. Doch Unterlagen, die Auskunft über die Ereignisse hätten geben können, sind vernichtet. Gefunden werden Aufzeichnungen, laut derer sich der 23-Jährige kurz vor seinem Tod handschriftlich verpflichtet hat, für die Staatssicherheit zu spionieren.

Tatsache ist, dass ein junger Mann aus nichtigem Grund verhaftet wird und im Gefängnis der Staatssicherheit ums Leben kommt. Und was sagen die Offiziere der Staatssicherheit, die den jungen Mann damals verhörten? Sie schweigen bis heute.

BSU
000024

Rostock den 19.2.1953.

durchgeführten. Per e f f mit 18.1.1953

Grabreden der Freie mit „Kommunale“ aus Rostock
sind pünktlich mit dem - und den verabre-
ich haben uns einzeln dann in die Dienst-
Anhang.

und bereit, nach Berlin zu fahren. Er hatte
auch aus dem Rostock - und der Legende
(Freie Orel'swald) zu hören, um alte Bekant-
entweder dort bessere Arbeit zu finden.

brachte keinen Bericht mit sondern schickte hier den Bericht über
die Vorbereitungsbüro bei - - - - -
und - - - - - fertig. Interessantes konnte er nicht berichten.
- - - - - und
- - - - - geplant und ihm versprochen worden, daß er von - - - - - und
- - - - - je einen Brief mitbekommen sollte um sich besser in Berlin
durchzusetzen. - - - - - wollten ihn briefliche Grüße für
Vol'mann mitgeben. Bei solchem letzten Besuch bei diesem leichten als
es jedoch ab mit der Begründung, sie hätten Angst, dadurch verhaftet
zu werden, wenn bei ihm so ein Brief gefunden würde. Jezt seien auf
wegen große Verhaftungswellen in Gange, ca 46 G. Schlüsselloste, Hotelbe-
sitzer und Taxiunternehmer seien eingesperrt und die drei hätten nun
daraus Angst bekommen.
- - - - - und diesem Grunde nur einen kurzen Brief von - - - - - mit,
- - - - - in Berlin anfangen muß. (siehe Fotokopie)

Recherchiere im Internet, um welche Person es sich bei dieser Beschreibung handelt! Welche weiteren Geschichten, in denen Menschen Probleme mit der Staatssicherheit bekamen, findest du?

MfS und IM

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) gründete im Jahr 1950 zur Sicherung ihrer Herrschaft das Ministerium für Staatssicherheit (MfS). Das MfS war Geheimdienst, politische Geheimpolizei und Organ für strafrechtliche Untersuchungen. Als „Schild und Schwert“ der Staatspartei wurde es bis zum Ende der DDR zur flächendeckenden und gezielten Überwachung der eigenen Bevölkerung eingesetzt.

Mit Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki im Jahr 1975 wurde die offene und nachweisbare Verfolgung politisch Andersdenkender schwieriger, wenn man ein international anerkannter Staat werden wollte, sodass die Staatssicherheit zunehmend mit „Zersetzungsmaßnahmen“ arbeitete: Gerüchte wurden gestreut oder persönliche Notlagen ausgenutzt, die auf die Zerstörung von Partnerschaften und Freundschaften bis hin zur gesellschaftlichen Isolierung zielten.

Im Laufe der Geschichte der DDR arbeiteten Hunderttausende Inoffizielle (verdeckte) Mitarbeiter für die Staatssicherheit. Im Jahr 1989 waren dies ca. 180 000, zumeist Männer. Man nannte sie kurz IM. Sie „bespitzelten“, d. h. beobachteten die Menschen tagtäglich in allen Bereichen der Gesellschaft, wie in Vereinen, auf der Arbeit, in der Schule und sogar innerhalb der eigenen Familie. An ihre Führungsoffiziere lieferten sie zuweilen große Mengen von detaillierten Berichten. Vieles davon findet sich heute in den sogenannten Stasi-Akten wieder.

Neben Bespitzelung und Überwachung gehörten Gewaltanwendung, Freiheitsberaubung, Unterdrückung, Einschüchterung und andere Repressionen, z. B. Verlust des Ausbildungs- oder Arbeitsplatzes, zu den Praktiken der Staatssicherheit.



Die Geschichte der Vera Wollenberger (geb. Lengsfeld)

Vera Wollenberger war zu DDR-Zeiten eine der führenden Bürgerrechtlerinnen. Nach der Wiedervereinigung nahm sie Einsicht in ihre Stasi-Akte und stellte dabei fest, dass ihr Ehemann, der Lyriker Knud Wollenberger, als „Inoffizieller Mitarbeiter“ für die Staatssicherheit gearbeitet hatte. Unter dem Decknamen „IM Donald“ bespitzelte er die eigene Frau und gab Informationen an seinen Führungsoffizier weiter. Daraufhin ließ sie sich von ihrem Mann scheiden und nahm ihren Geburtsnamen Lengsfeld wieder an.



Seht euch gemeinsam den Spielfilm „Das Leben der Anderen“ an! Mit welchen Methoden arbeiteten Hauptamtliche und Inoffizielle Mitarbeiter in der DDR?



BESETZT
DIE AKTEN
GEHÖREN
[UNS]

Die Stasi-Unterlagen-Behörde

Das unwiderrufliche Ende des Unterdrückungsapparates der SED erzwangen DDR-Bürger im Winter 1989/90, nachdem die Mauer bereits gefallen war. Damals besetzten sie die Stasi-Dienststellen und die Berliner Stasi-Zentrale in der Normannenstraße und retteten damit Millionen von Akten als Beweismaterial vor ihrer Zerstörung durch Mitarbeiter der Staatssicherheit.

Material in den Archiven in Zahlen (Berlin und Außenstellen)

Schriftgut: 112 Kilometer
verfilmtes Schriftgut: umgerechnet 47 Kilometer
Fotos, Fotonegative, Dias: 1,4 Millionen
Film-, Video- und Tondokumente: 169000
zerrissenes Material: 15500 Säcke

Nach der Wiedervereinigung Deutschlands wurde die Behörde der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes in Berlin (BStU) gegründet. Sie ist dafür verantwortlich, die Akten und die Geschichte der Staatssicherheit aufzuarbeiten. Von 1991 an wurden 2,5 Millionen Anträge auf persönliche Akteneinsicht gestellt (Stand Mai 2008). Jeder Bürger kann so erfahren, was die Staatssicherheit über ihn wusste, welche Personen Informationen weitergaben oder aber Zivilcourage bewiesen.



Welche Bedeutung sollte der Aufarbeitung der DDR-Diktatur heute noch zukommen? Ist es Zeit, einen Schlussstrich zu ziehen, oder ist es notwendig, die Vergangenheit mithilfe der Akten der SED und der Staatssicherheit weiterhin aufzuarbeiten? Diskutiere!



Ich lese, höre und schaue, was ich möchte – in der Zeitung, im Radio und im Fernsehen!

Wie war das mit der Pressefreiheit in der DDR?

„Unsere Presse, die schärfste Waffe der Partei“

Am 2. Mai 1989 zerschneiden ungarische Grenzsoldaten zunächst symbolisch den Stacheldraht an der Grenze zu Österreich. Am 11. September öffnet Ungarn schließlich seine Westgrenze. Damit beginnt die Massenflucht von DDR-Bürgern über die ungarisch-österreichische Grenze in die Bundesrepublik. Innerhalb von drei Tagen fliehen ca. 15 000, bis Monatsende ca. 30 000 Menschen. Sie sahen in der DDR keine Zukunft mehr für sich.

„Unter Anwendung aller Methoden der Versprechungen, der Verlockungen, des psychologischen Drucks und unverhüllter Abwerbung werden Bürger der DDR dazu gebracht, über dritte Länder ihre Heimat zu verlassen. [...] Seit Monaten schon liefen in der Budapester BRD-Botschaft die Vorbereitungen für den organisierten Menschenhandel [...]. In den Urlaubsorten rund um den Balaton tauchten denn auch zahlreiche ‚Spezialis-

ten‘ auf, die vor allem junge DDR-Bürger zielgerichtet ansprachen, in Gaststätten einladen und ‚freihielten‘, zum ungesetzlichen Grenzübertritt nach Österreich inspirierten und oftmals mit einer ‚Starthilfe‘ lockten. Mitte August werden unter anderem bei Budapest aus einem einmotorigen Sportflugzeug Flugblätter abgeworfen, in denen DDR-Bürgern freie Stellen in der BRD offeriert werden [...].“

PRESSE FREIHEIT?

Dieser Zeitungsartikel war am 19.9.1989 auf Seite 3 in der Tageszeitung „Neues Deutschland“, dem Zentralorgan des Zentralkomitees der SED, zu lesen. Er zeigte, wie die SED-Führung Geschichten zum Zweck der Propaganda frei erfindet. Auf den Titelseiten, wie hier abgebildet, fanden sich vor allem staatliche Erfolgsmeldungen, welche die Überlegenheit des Sozialismus dokumentieren sollten. Am 9. Oktober 1989 berichtete das „Neue Deutschland“ ausführlich über die Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR. Am gleichen Tag demonstrierten 70 000 Menschen in Leipzig für Reformen. Doch über die Protestdemonstrationen auf den Straßen der DDR verlor das „Neue Deutschland“ in diesen Tagen zunächst kein Wort.

In der DDR waren die Printmedien und der Rundfunk „Sprachrohr“ der Partei. Der Staat bestimmte darüber, was geschrieben und gesendet wurde. Unabhängige Medien und freien Journalismus gab es nicht. Und dies, obwohl in Art. 27 der DDR-Verfassung von 1968 festgelegt war: „Die Freiheit der Presse, des Rundfunks und des Fernsehens ist gewährleistet.“

„Unsere Presse, die schärfste Waffe der Partei“, lautete das Motto der Pressepropaganda. Die DDR-Medien sollten die Bürger vom Sozialismus überzeugen, sie zu sozialistischen Menschen erziehen und die Macht der SED sichern.



Was verbirgt sich hinter dem Motto „Unsere Presse, die schärfste Waffe der Partei“?



Welche sprachlichen Mittel der SED-Propaganda lassen sich in dem abgedruckten Text finden? Vergleiche den Artikel mit Zeitungsausschnitten, die in der Bundesrepublik zu diesem Thema erschienen sind!



„Sputnik“-Verbot

Am 19. November 1988 wurde in der DDR die deutsche Ausgabe der sowjetischen Zeitschrift „Sputnik“ verboten. Was war aus der DDR-Doktrin, der untrennbaren Freundschaft mit dem Volk der Sowjetunion auf allen Ebenen, geworden?

Im Zuge der Gorbatschow-Politik von „Glasnost“ und „Perestroika“ erfuhren reformorientierte DDR-Bürger beim Lesen des „Sputnik“ von den positiven politischen Veränderungen in der Sowjetunion und brisanten Themen der jüngsten Geschichte. Aus Angst vor Umwälzungen im eigenen Land verbot die DDR-Regierung die Zeitschrift. Doch mit dem Verbot heizte sie die Stimmung in der DDR nur weiter an. Nach dem „Sputnik“-Verbot dauerte es kein Jahr mehr, bis die Mauer fiel und das Volk die Weichen in Richtung Demokratie stellte.

Störfaktor Westfernsehen

Der private Empfang westlicher Hörfunk- und Fernsehprogramme war in der DDR von den 70er-Jahren an offiziell nicht verboten, aber von staatlicher Seite nicht erwünscht. Regelmäßig verfolgten ca. 75 bis 80 Prozent der DDR-Bürger das Westfernsehen, vor allem die aktuellen Nachrichtensendungen. Der Raum Dresden konnte aufgrund der geografischen Lage kein Westfernsehen empfangen und wurde daher spöttisch als „Tal der Ahnungslosen“ bezeichnet.

Für die „Rolling Stones“ in den Knast

Ostberlin im Herbst 1969: Der 20. Jahrestag der DDR soll ein perfektes Geburtstagsfest werden. Doch dann geht ein Gerücht um, das für große Aufregung sorgt: Die englische Band Rolling Stones gibt in West-Berlin auf dem Dach des Hochhauses des Springer-Verlages ein Livekonzert. Die Nachricht kommt über den West-Berliner Rundfunksender RIAS und verbreitet sich wie ein Lauffeuer. Die vonseiten der SED-Führung ungeliebte westliche Beatmusik soll im sensiblen Grenzgebiet und ausgerechnet am Republikgeburtstag ertönen?! Aus Sicht der Staatssicherheit der DDR ist dies eine gezielte Provokation.

Am Tag der großen Feierlichkeiten, dem 7. Oktober, zeigt der Staat Strenge: „Auffälligen Jugendlichen“, weil langhaarig und als Stones-Fans bekannt, wird ein Berlin-Verbot auferlegt. Manche werden sogar „vorsorglich“ verhaftet. Andere, die an diesem Tag nach Berlin reisen, um „ihre Band“ zu sehen, geraten in Auseinandersetzungen mit der Staatssicherheit. Was nur als „kleiner Scherz“ seitens des RIAS-Moderators gedacht war, hatte für viele schwere Folgen: 383 Jugendliche werden verhaftet, einige strafrechtlich verfolgt. Andere verlieren ihren Ausbildungs- oder Studienplatz. Die DDR möchte, dass die negativen Vorfälle vom 7. Oktober möglichst schnell vergessen werden. Doch das Gegenteil tritt ein. Noch Jahre später sprechen die Jugendlichen vom legendären Konzert der Rolling Stones – als hätte es tatsächlich stattgefunden.



RIAS
BERLIN

RIAS stand für „Rundfunk im amerikanischen Sektor“. Der Sender war im Osten sehr beliebt, da er viel Rock- und Popmusik spielte. Die DDR versuchte in den Anfangsjahren den Empfang regelmäßig mit Störsendern zu behindern. Die Staatssicherheit meinte, westliche Beatmusik sei schädlich und verderbe die Jugend. Trotzdem hörten die Fans weiter ihre Musik.



Versuche, dich in die Lage der Jugendlichen damals hineinzusetzen. Hättest du solche Gefahren für ein Konzert auf dich genommen, und wenn ja, warum? Welche Aufgaben hatten Fernsehen, Presse und Radio damals (in Ost und West), und welche Rolle kommt ihnen heute zu? Notiere jeweils drei Aufgaben und vergleiche!



Ich sage, was ich möchte! Wie war das mit der Meinungs- freiheit in der DDR?

Kommunismus und Sozialismus

Der Begriff Kommunismus stammt von dem lateinischen Wort „communis“ ab und bedeutet „gemeinsam“. Die für den Lebensunterhalt der Menschen benötigten Produktionsmittel, z. B. Maschinen, Ackerfläche und Häuser, sollten demnach allen Menschen gemeinsam gehören. Privateigentum gibt es nicht mehr. Somit würde eine Gesellschaft ohne Klassenunterschiede, d. h. ohne Arm und Reich, entstehen. Als Vorstufe zu einer solchen Gesellschaft sollte der Sozialismus verwirklicht werden.

In der Realität waren die Durchsetzung und Aufrechterhaltung des Sozialismus mit Gewalt und Zwangsherrschaft verbunden. Umgangssprachlich wurde der Sozialismus nach sowjetischem Modell auch als Kommunismus bezeichnet.



Welche Gründe könnten Wolf Biermann dazu bewegt haben, von der Bundesrepublik in die DDR zu gehen und was hat ihn später derart ernüchtert?

Gedichtauszug

„Warte nicht auf bessere Zeiten“

erschienen 1965 in „Die Drahtharfe“
(ausschließlich in West-Berlin und in der Bundesrepublik)

Manchen hör ich bitter sagen
„Sozialismus – schön und gut
Aber was man uns hier aufsetzt
Das ist der falsche Hut!“

Manchen seh ich Fäuste ballen
In der tiefen Manteltasche
Kalte Kippen auf den Lippen
Und in den Herzen Asche

Viele werden dafür sorgen
dass der Sozialismus siegt
Heute! Heute, nicht erst morgen!
Freiheit kommt nie verfrüht
Und das beste Mittel gegen
Sozialismus (sag ich laut)
Ist, dass ihr den Sozialismus
AUFBAUT!!! Aufbaut! (aufbaut)

Wartet nicht auf bessere Zeiten
Wartet nicht mit eurem Mut

...

Wolf Biermann wird 1936 in Hamburg geboren. Aus einer kommunistischen Familie stammend, geht er im Jahr 1953 freiwillig in die DDR. Er glaubt damals, dass in der DDR seine Ideale einer Staats- und Gesellschaftsordnung verwirklicht werden.



„Das, was wir Kommunismus nannten, ist nach meiner Meinung nicht nur gescheitert, weil Menschen so unvollkommen sind [...]. Ich bin inzwischen der Ansicht, dass die Leute, die eine kommunistische Gesellschaft anstreben, ein Paradies, in dem es keine Klassegegensätze, in dem es keine antagonistischen Konflikte gibt, ein Narrenparadies suchen, in dem der Löwe Gras frisst. [...] Um es kurz zu sagen: Diese Hoffnung auf ein kommunistisches, soziales Paradies ist nach meiner heutigen Meinung der sichere Weg in schlimmste Höllen. Das haben die letzten 150 Jahre gezeigt.“

(Abschied vom Narrenparadies; Wolf Biermann im Interview. Ruprecht Nr. 63 vom 14.12.1999)

Wolf Biermann schreibt in der DDR Gedichte, Lieder und Theaterstücke. Seine Texte handeln unter anderem davon, dass das Leben in der DDR in vieler Hinsicht mit der Theorie des Kommunismus und Sozialismus nicht übereinstimmt. Aufgrund seiner kritischen Texte gerät er in Konflikte mit der DDR-Regierung, die ihm daraufhin verbietet, seine Gedichte zu veröffentlichen und seine Lieder vor Publikum zu spielen.



Lies dir das Gedicht aufmerksam durch.
Welche Verse könnten der Grund dafür sein, dass Wolf Biermann sein Gedicht „Warte nicht auf bessere Zeiten“ in der DDR nicht veröffentlichen durfte? Diskutiert die Bedeutung der Strophen!

Biermann-Ausbürgerung

Da Wolf Biermann in der DDR ein Auftritts- und Publikationsverbot hat, kann er seine Gedichte und Lieder nur privat vor Freunden und Besuchern in seiner Wohnung vortragen. Seine Texte werden durch Tonbandmitschnitte und handschriftliche Aufzeichnungen unter der Hand weitergereicht. Zudem schafft er es, viele Texte in die Bundesrepublik zu schmuggeln, wo sie erscheinen können.

Das Jahr 1976 sollte für Biermann zum Schicksalsjahr und für die DDR zum Krisenjahr werden. Biermann wird zu einer Konzerttournee durch die Bundesrepublik eingeladen. Die DDR-Regierung genehmigt ihm diese Reise, jedoch nicht ohne gezielte Absichten. Das erste Konzert findet am 13. November 1976 in Köln statt.

Am 16. November verkündet die DDR-Führung, dass Wolf Biermann nicht mehr in seine Wahlheimat, die DDR, zurückkehren darf. „Mit seinem feindseligen Auftreten gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik hat er [Biermann] sich selbst den Boden für die Gewährung der Staatsbürgerschaft der DDR entzo-

gen“, so lautet die offizielle Begründung. Er hört diese Nachricht im Autoradio unterwegs im Ruhrgebiet. Das Köln-Konzert wird nach der „Biermann-Ausbürgerung“ im Ersten Deutschen Fernsehen übertragen. So können DDR-Bürger erstmals seine Lieder hören, indem sie „Westfernsehen“ schauen. Viele sind empört über die Ausbürgerung.

Als Erste protestieren einige bekannte DDR-Künstler in einem öffentlichen Aufruf gegen die Ereignisse, darunter die Schauspielerin Katharina Thalbach und die Sängerin Nina Hagen.



Auszug



Proteste

„Wolf Biermann war und ist ein unbequemer Dichter – das hat er mit vielen Dichtern der Vergangenheit gemein. [...] Wir identifizieren uns nicht mit jedem Wort und jeder Handlung Wolf Biermanns und distanzieren uns von den Versuchen, die Vorgänge um Biermann gegen die DDR zu missbrauchen. Biermann selbst hat nie, auch nicht in Köln, Zweifel darüber gelassen, für welchen der beiden Staaten er bei aller Kritik eintritt.

Wir protestieren gegen seine Ausbürgerung und bitten darum, die beschlossenen Maßnahmen zu überdenken.“

(Quelle: „In Sachen Biermann – Protokolle, Berichte und Briefe zu den Folgen einer Ausbürgerung“, Ch. Links Verlag, Berlin 1994, S. 70.)



Der Protest der Künstler bleibt nicht ohne Folgen: Berufsverbote werden verhängt, wie zum Beispiel gegen Manfred Krug, einen bekannten DDR-Schauspieler. Er stellt daraufhin einen Antrag auf Ausreise in die Bundesrepublik. Später reisen unter anderem auch Nina Hagen und Sarah Kirsch in die Bundesrepublik aus.

Manche DDR-Bürger, vor allem junge Menschen, wollen sich mit der Ausbürgerung nicht abfinden. Das Beispiel dreier Krankenpfleger zeigt, mit welcher Härte das DDR-Regime gegen den „normalen“ DDR-Bürger vorgeht: Die drei Freunde Thomas Evler, Friedemann Gehlke und Christoph Rohr sind überzeugt, dass Biermanns Kritik am SED-Regime richtig und notwendig ist. Schnell verfassen sie einen Aufruf gegen seine Ausbürgerung. Dabei kommt ihnen eine West-Berliner Freundin zu Hilfe: Sie druckt den Text auf 500 Flugblätter und schmuggelt diese nach Ostberlin. In der Nacht zum 2. Dezember 1976 eilen die Männer durch die Straßen Ostberlins und befestigen die Flugblätter an mehreren hundert Haustüren. Doch die Staatssicherheit kommt

ihnen rasch auf die Schliche. Noch im Morgengrauen desselben Tages werden die drei verhaftet und später zu Gefängnisstrafen von bis zu drei Jahren verurteilt. Ihre West-Berliner Freundin will die Männer wenige Tage später besuchen. Bei ihrer Einreise in die DDR wird sie sofort festgenommen und für fast vier Jahre im berüchtigten Gefängnis Bautzen inhaftiert.



Wie hat die DDR damals verhindert, dass jemand seine Meinung öffentlich äußert und verbreitet?

Die Meinungsfreiheit in unserem Land ist durch das Grundgesetz gewährleistet. Wie wichtig ist dir persönliche Meinungsfreiheit? Gibt es Themen, für die du dich allein oder in Gemeinschaft stark machst? Und welche Möglichkeiten hast du, um deine Meinung öffentlich zu machen? Diskutiere!

Ich wähle, wen ich möchte!

Wie war das mit den freien Wahlen in der DDR?

Zettelfalten statt Wählen

Wahlen in der DDR waren dazu da, den Sozialismus zu feiern und ihn von den Bürgern bestätigen zu lassen. Große Überraschungen bei den Wahlergebnissen und der Wahlbeteiligung waren nicht zu erwarten. Beide lagen in der Regel bei 99 Prozent, dafür wurde seitens des Staates gesorgt.

Aus der Verfassung der DDR vom 6. April 1968, Artikel 5 (in der Fassung vom 7. Oktober 1974)

(1) Die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik üben ihre politische Macht durch demokratisch gewählte Volksvertretungen aus.

Die 500 Abgeordneten der Volkskammer wurden anfangs alle vier, später alle fünf Jahre gewählt. Freie Wahlen gab es nicht, und geheim waren sie allein dem Verfassungsanspruch nach. Die Praxis sah so aus: Der Stimmzettel wurde meist nur zur Kenntnis genommen, direkt gefaltet und ohne Benutzung einer Wahlkabine, d. h. ohne „ein Kreuz“ zu setzen, direkt in die Wahlurne eingeworfen. Damit bekundete man seine Zustimmung zur Nationalen Front, dem Zusammenschluss aus SED, den vier Blockparteien und den Massenorganisationen. Gemeinsam stellten sich die Kandidaten der Nationalen Front auf einer Einheitsliste zur Wahl. Bereits vor der Wahl stand fest, wie die Verteilung der Sitze auszusehen hatte. Einzelne Parteien oder Kandidaten konnten nicht gewählt werden. Zwar gab es Wahlkabinen, doch wer sie benutzte, machte sich verdächtig.

Offiziell existierte keine Wahlpflicht, doch ein Fernbleiben von der Wahl war nicht so einfach, denn nicht selten klopfen Wahlhelfer an die Türen von Nichtwählern. Am Tag nach der Wahl mussten sich Nichtwähler im Betrieb vor Partei- und Betriebsleitung rechtfertigen, warum sie nicht zur Wahl gegangen waren.

Stimmzettel

für die

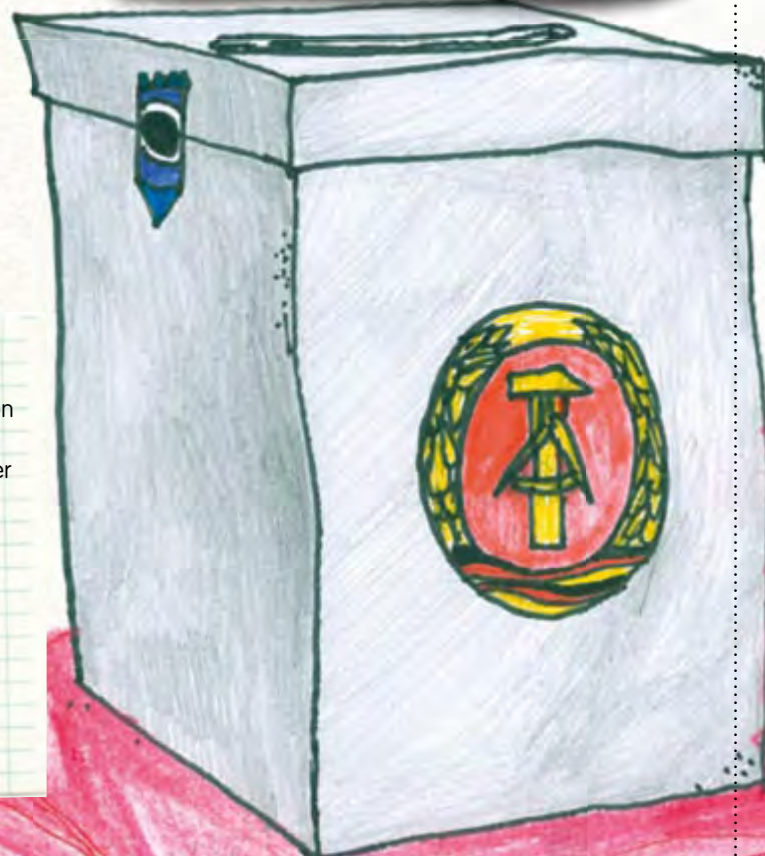
Wahl zur Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik

Liste der Nationalen Front des demokratischen Deutschland

Rau, Heinrich	SED
Ganter-Gilmans, Hans-Paul	CDU
Wünsche, Kurt	LDPD
Dallmann, Siegfried	NDPD
Roch, Paul	DBD
Geisler, Paul	FDGB
Mascher, Heinz-Wolfram	FDJ
Witt, Else	DFD
Barthel, Kurt	Kulturbund
Kanow, Martha	VdgB
Tauschke, Ingeborg	KG

Fischer, Rosel	NDPD	Schmidt, Else	DBD
Grabow, Martin	CDU	Schmidt, Richard	SED
Haalck, Nelly	CDU	Schmoeck, Brunhilde	DFD
Korn, Vilmos	NDPD	Seibt, Kurt	SED
Kröger, Prof. Dr. Herbert	SED	Rabe, Ernst-August	LDPD
Makeprange, Ernst	DBD	Ullmann, Erich	LDPD
Neumann, Alfred	SED	Weidenbach-Blum, Dr. Cecille	FDGB
Schlesier, Willi	FDGB	Weintraud-Rinka, Ilse	NDPD
Schmidt, Berthold	SED	Wittkowski, Dr. Margarete	SED

und die anderen amtlich bekanntgegebenen Kandidaten





„Nie genug vom Wahlbetrug“

Als der Leiter der Zentralen Wahlkommission, Egon Krenz, das offizielle Wahlergebnis der Kommunalwahlen des 7. Mai 1989 mit 98,85 Prozent Ja-Stimmen für die Einheitsliste verkündet, ist schnell klar, dass dieses Ergebnis auf Fälschungen beruhen muss. Denn vielerorts gibt es an diesem Wahltag unabhängige Beobachter, die deutlich mehr Nein-Stimmen zählen als bekannt gegeben. Um auf die Wahlfälschung aufmerksam zu machen, zieht eine kleine Gruppe von Menschen in Berlin-Weißensee mit einem Transparent „Nie genug vom Wahlbetrug“ durch die Straßen. Weit kommen sie nicht. Mitarbeiter der Staatssicherheit lösen den Protestzug gewaltsam auf.

„Warum haben wir das überhaupt gemacht? Wir wussten, wir haben keine Mehrheit, aber jemand muss beginnen. In jeder Demokratie muss der Einzelne Verantwortung wahrnehmen. Wir wollten Demokratie leben. Also dachten wir, auch wenn wir nur Wenige sind, wir müssen das, was wir für richtig erachten, einfach laut sagen, öffentlich sagen“

– so Michael Heinisch, einer der Demonstranten an diesem Tag. Auch in anderen Städten formieren sich erste Protestdemonstrationen. Mehrere hundert Menschen werden daraufhin festgenommen. Doch die Bürger lassen sich von nun an nicht mehr so einfach einschüchtern.

Flugblätter und Piffe

Vier Monate nach den Kommunalwahlen erscheint ein Flugblatt mit folgendem Aufruf zum Protest gegen die Wahlfälschung:

„**Staatliche Stellen reagieren**
auch vier Monate nach den Kommunalwahlen
vom **7. Mai 1989 nicht** konstruktiv auf
den nachweisbaren Wahlbetrug.“

Wir sind davon betroffen.

So wollen wir uns am **7.9.89, 17.00 Uhr**
auf dem **Alexanderplatz** treffen, um bis
17.01 Uhr auf die Wahl lautstark zu pfeifen.
Bringt bitte geeignete Trillerpfeifen mit.“



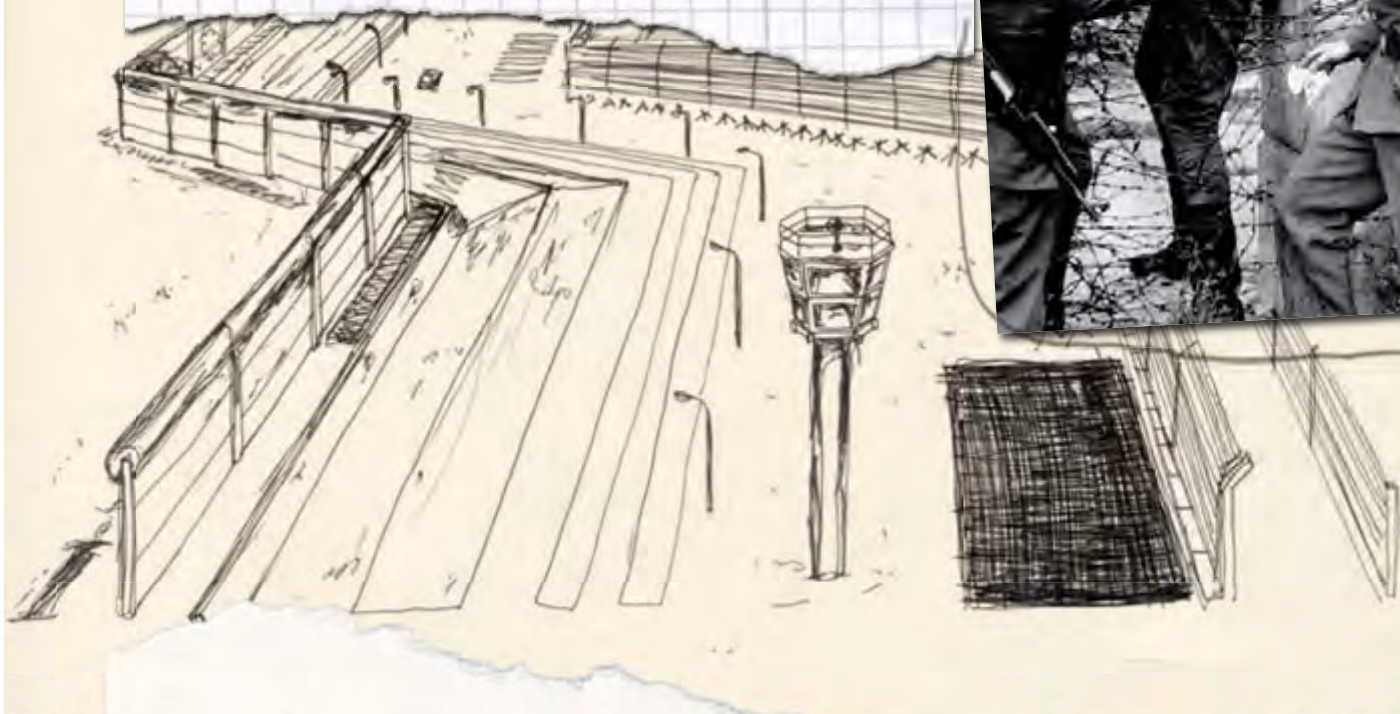
Warum waren die Wahlen in der DDR keine demokratischen Wahlen?
Worin siehst du die Ursachen für Politikverdrossenheit und Wahlenthaltung heute?



Ich gehe, wohin ich möchte!

Wie war das mit der Persönlichen Freiheit in der DDR?

Am frühen Morgen des 13. August 1961, einem Sonntag, beginnt die DDR damit, die Sektorengrenze in Berlin zunächst mit Stacheldraht und Barrikaden abzuriegeln. Der Reiseverkehr zwischen Ost und West wird eingestellt, die Verkehrswege sind unterbrochen. Völlig überraschend für die Bevölkerung beider deutscher Staaten lässt die DDR-Regierung in Berlin Stacheldraht ziehen und eine Mauer errichten.



Die Lizenz zum Töten

Einige Menschen versuchen dennoch in die Bundesrepublik zu flüchten. Je tödlicher das Grenzregime funktioniert, desto erfindungsreicher werden die Flüchtenden: Sie nutzen Bulldozer, Flugapparate, leere Tanks oder Kofferräume mit doppeltem Boden. Im Westen Deutschlands finden sich Menschen, die mit falschen Dokumenten oder mit dem Bau von Tunneln unter der Mauer hindurch helfen. Doch vielen im Osten bleibt nichts anderes übrig, als sich mit der Abriegelung der DDR abzufinden, wollen sie ihr Leben nicht durch eine „Republikflucht“ aufs Spiel setzen. Denn an den Grenzen gibt es einen sogenannten Schießbefehl, wie folgendes Beispiel verdeutlicht:

Der Fotojournalist Wolfgang Bera läuft am 17. August 1962 auf West-Berliner Seite an der Mauer entlang. Plötzlich fallen Schüsse. Bera erklimmt die Mauer und sieht einen jungen Mann bewegungslos im Todesstreifen liegen. Es ist der 18-jährige Maurergeselle Peter Fechter, angeschossen von DDR-Grenzsoldaten. Er schreit vor Schmerzen. Seinem Freund gelingt derweil die Flucht. Wolfgang Bera rennt zum Checkpoint Charlie und bittet US-Soldaten um Hilfe. Die wollen keinen Konflikt mit der DDR bzw. der Sowjetunion riskieren und lehnen ab. Auch DDR-Grenzsoldaten greifen nicht ein.

Dem Fotografen bleibt nichts anderes, als die menschliche Katastrophe zu dokumentieren. Derweil verblutet Peter Fechter und wird erst nach einer Stunde leblos von DDR-Grenzern geborgen. Bera gelingt es, davon ein erschütterndes Bild zu machen, das internationales Aufsehen erregt.

In den nächsten 28 Jahren werden mindestens 175 Flüchtlinge allein an der Berliner Mauer erschossen. Doch Peter Fechters Schicksal steht beispielhaft für die Grausamkeiten des DDR-Regimes.



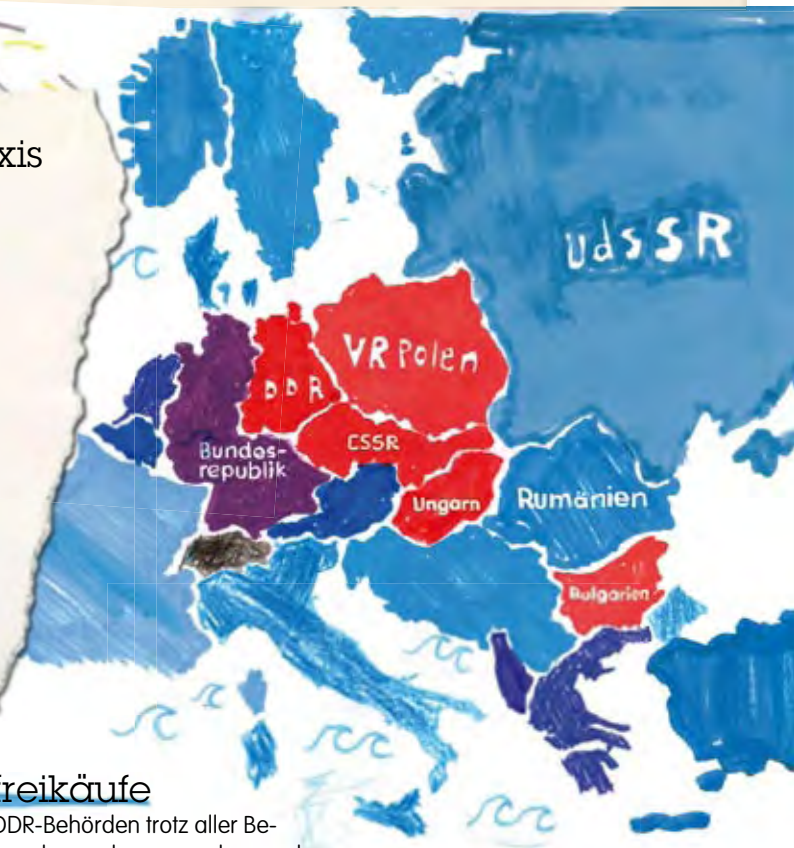
Welche Gründe könnten Peter Fechter dazu bewegt haben, die Gefahren einer Flucht auf sich zu nehmen? Kannst du diese nachvollziehen?



Reisefreiheit in Theorie und Praxis

Die Reisefreiheit ist als individuelles Recht in verschiedenen internationalen Abkommen verankert. So regelt Art. 13 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der UN: „Jeder hat das Recht, jedes Land, einschließlich seines eigenen, zu verlassen und in sein Land zurückzukehren.“ Hervorzuheben sind auch die UNO-Menschenrechtskonventionen von 1966 und die Schlussakte der KSZE-Konferenz von Helsinki im Jahr 1975, in der sich die Staaten zur Wahrung der Menschenrechte verpflichten.

Die DDR schränkte das Recht auf Reisefreiheit ihrer Bürger bis 1989 dennoch stark ein. Wenn jemand ins Ausland reisen wollte, dann durfte er nur wenige europäische sozialistische Länder besuchen, wie z. B. die Volksrepublik Polen oder die CSSR. Reisen in die Bundesrepublik und in das nichtsozialistische Ausland waren in den Jahren nach dem Bau der Mauer außer für Rentner nur in Ausnahmefällen möglich.



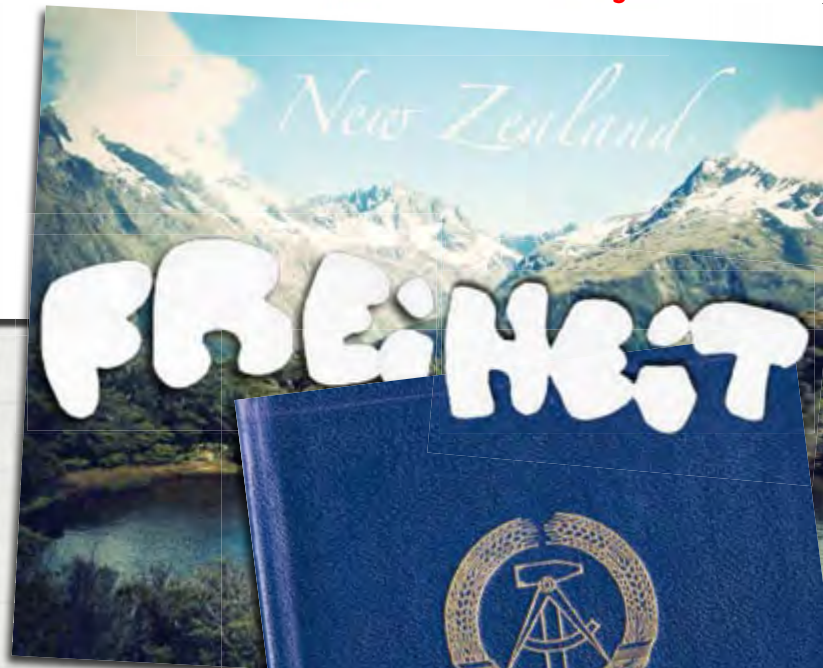
Ausreiseanträge und Häftlingsfreikäufe

In den 1970er-Jahren wächst die Zahl jener, die bei den DDR-Behörden trotz aller Beeinträchtigungen und Gefahren ihr Recht auf legale Auswanderung beanspruchen und einen Ausreiseantrag stellen:

Reisen für DDR-Bürger ohne Visum

Am 30. Januar 1985 werden Frau und Herr P. zu mehreren Monaten Gefängnis verurteilt. Nachdem ihre Ausreiseanträge immer wieder abgelehnt wurden, hatten sie an ihrer Wohnungstür einen Prospekt über Neuseeland befestigt und mit der Aufschrift „Freiheit“ versehen. Nach 8 Monaten wird das Ehepaar durch einen „Häftlingsfreikauf“ aus dem Gefängnis entlassen.

Die Bundesrepublik suchte intensiv nach Wegen, das Los von politischen Gefangenen in der DDR zu erleichtern. Das Ergebnis waren sogenannte Häftlingsfreikäufe. Um wirtschaftliche Probleme zu überbrücken, forderte die DDR-Regierung für die Freilassung von Gefangenen im Gegenzug Geld und Waren von der Bundesrepublik. Auf diese Weise wurden zwischen 1963 und 1989 über 33.000 politische Häftlinge aus den DDR-Gefängnissen von der Bundesrepublik freigekauft. Einzelheiten derartiger „Geschäfte“ zwischen beiden Ländern blieben jahrzehntelang geheim.



Nur für Privilegierte:
DDR-Reisepass



Warum ist Reisefreiheit für dich wichtig?
Und wie nutzt du heute die Möglichkeiten der Reisefreiheit?



Ich mach einen eigenen Laden auf!

Wie war das mit der Gewerbebefreiheit in der DDR?

Die „Aktion Rose“

Kein Keller, kein Dachboden bleibt von den einfallenden Volkspolizisten verschont. In einer Blitzaktion lässt die DDR-Staatsführung im Frühjahr 1953 Hotels und Pensionen an der deutschen Ostseeküste durchsuchen. Unter dem Decknamen „Aktion Rose“ werden 621 Hoteliers verhaftet und zu Geldstrafen verurteilt. Sie sollen „Wirtschaftsverbrechen“ begangen haben, indem sie illegal Lebensmittel erwarben und horteten. Doch die Anschuldigungen sind nur ein Vorwand, um Grundstücke im Wert von 30 Millionen Mark zu beschlagnahmen, sie zu enteignen und zu Volkseigentum zu erklären. Denn geplant ist von den 1950er-Jahren an der weitere Ausbau eines sozialistischen Feriendienstes. Wer der „Aktion Rose“ entfliehen kann, geht in den Westen.

Enteignungswellen

Die SED mit ihrer Geheimpolizei, der Staatssicherheit, ging auf verschiedenen Ebenen daran, die „Feinde des Sozialismus“ zu identifizieren und zu verfolgen. Dazu gehörten neben den „politisch Andersdenkenden“ und den Kirchen vor allem die private Wirtschaft. Sie stand dem Aufbau der Planwirtschaft in der DDR im Wege.

Für die verschiedenen Enteignungswellen, d. h. für die Überführung von Privateigentum in staatliche Hand, lieferte die DDR-Führung unterschiedliche Begründungen: Anfangs waren dies Maßnahmen zur Bestrafung von Nationalsozialisten und später von Wirtschaftsverbrechen. Zunächst trafen die Enteignungen vor allem Großunternehmen, ab Ende 1949 auch den industriellen und handwerklichen Mittelstand. Bis 1949 waren ca. 48 Prozent der industriellen Produktion in staatlicher Hand.

Vorgegangen wurde dabei nach dem Grundsatz „Wenn man nur lange genug sucht, findet man schon etwas“, wie folgendes Beispiel verdeutlicht:

Die Familie Friedrich besitzt seit den 30er-Jahren in Kühlungsborn ein Heim mit ca. 30 Plätzen. Dort verbringen einige Kinder vor allem aus ärmeren Verhältnissen ihre Sommermonate. Während einer Hausdurchsuchung bei Ilse Friedrich wird eine Quittung aus einem West-Berliner Fachgeschäft gefunden. Sie hatte dort Stoff für einen Mantel gekauft. Dies wird nun zum Vorwand, das Haus mit den 30 Plätzen zu enteignen.

Auch das traditionsreiche Berliner Familienunternehmen Schilkin KG, das Spirituosen produziert, wird 1972 in den Volkseigenen Betrieb (VEB) Schilkin überführt. Nach der Friedlichen Revolution kann Sergei Schilkin im Alter von 75 Jahren wieder Eigentümer seiner Firma werden, die bis heute erfolgreich u. a. Wodka produziert.



Wirtschaftlicher Bankrott

Die DDR stand 1989 ökonomisch vor dem Bankrott und war wirtschaftlich praktisch handlungsunfähig. Dies geht unter anderem aus dem damals geheim gehaltenen Bericht von Gerhard Schürer, dem Vorsitzenden der staatlichen Plankommission, zur Analyse der ökonomischen Lage der DDR vom 30. Oktober 1989 hervor. Darin heißt es, die Verschuldung der DDR gegenüber den westlichen Staaten sei so hoch, dass der Lebensstandard 1990 hätte um 25 bis 30 Prozent gesenkt werden müssen, wollte man die DDR vor ihrem finanziellen und damit auch politischen Ende retten.

Welches waren die wichtigsten Kennzeichen der Planwirtschaft der DDR (im Unterschied zur Sozialen Marktwirtschaft)? Woran ist sie hauptsächlich gescheitert? Weshalb überführte die SED private Unternehmen überwiegend in staatliches Eigentum?

Ich werde, was ich möchte!

Wie war das mit dem Recht auf freie Wahl der Ausbildung, des Studiums und des Berufes in der DDR?

„Lernen, lernen, nochmals lernen“, so lautete die Losung für die junge Generation der DDR.

Der Bildungsweg war durch das „einheitliche sozialistische Bildungssystem“ vorgegeben. Vom Sandkasten und der Kinderkrippe über Schule und Lehre bis zum Studium stand die Erziehung zu „sozialistischen Persönlichkeiten“ im Vordergrund der Ausbildung. Einen Abitur- oder Studienplatz zu bekommen, war dabei nicht für jeden Interessierten möglich und hing weniger von den Leistungen des Einzelnen ab. Vielmehr fand eine strenge politische Auslese statt. Insbesondere an höheren Bildungseinrichtungen übten SED-Mitglieder, FDJler und linientreue Lehrer eine starke Kontrolle aus.

Über die Ausbürgerung des Liedermachers Wolf Biermann aus der DDR öffentlich zu sprechen, wagen im Herbst 1976 nur wenige. Roland Jahn, Student der Wirtschaftswissenschaften an der Universität Jena, ist einer von ihnen. In einem Seminar zum „Wissenschaftlichen Kommunismus“ übt er mutig Kritik an den Vorfällen um Biermann. Ein anderer Student notiert sich genauestens seine Worte. Es folgt ein Verhör bei der Universitätsleitung, die ihn aufgrund seiner Äußerungen als zukünftigen Akademiker für untauglich hält. Jahn wird im Februar 1977 exmatrikuliert und erhält ein Studienverbot für alle Universitäten der DDR. Von Mitstudenten unter Führung des zuständigen FDJ-Sekretärs wird sein Rauswurf begrüßt.

Die damals 19-jährige Katharina Voigt beteiligt sich an einer Unterschriftenaktion gegen die Biermann-Ausbürgerung. Sie wird mit einem Berufsverbot belegt und kann ihrer Arbeit als Lehrerin nicht mehr nachgehen.



„Berufslenkung“

Welche Ausbildungsmöglichkeiten sich in der DDR ergaben oder welchen Arbeitsplatz man bekam, hing aber nicht nur vom persönlichen und politischen Verhalten der Menschen ab. Auch „gesellschaftliche Erfordernisse“ und der wirtschaftliche Bedarf spielten eine Rolle. Man spricht deshalb

von „Berufslenkung“ in der DDR. So wurden viele in einen Beruf gezwungen, der ihnen nicht passte, oder sie wurden „überzeugt“, dass ihr ursprünglicher Berufswunsch falsch sei. 75 Prozent aller Jugendlichen bildete man zu Facharbeitern aus.

Frau L., damals Berufsberaterin in der DDR, erinnert sich:

„Überlaufen waren all die Ausbildungsberufe, die wir als Trinkgeldberufe bezeichneten, was sich heute vielleicht ein Jugendlicher gar nicht mehr so richtig vorstellen kann. Das waren der Friseur oder der Kellner. Auch Fachverkäufer war sehr begehrt, weil das ein Beruf war, der Tauschgeschäfte erleichterte. Auch Damenmaßschneiderin war sehr beliebt, da es modische Bekleidung nicht so gut gab. So war die Denkweise der Jugendlichen. Nicht so gefragt waren Berufe, die die Flexibilität einschränkten. Das war zum Beispiel der Facharbeiter für Werkzeugmaschinen, aber auch jeder andere Betrieb, in dem überwiegend monotone Maschinen- oder Schichtarbeit vorherrschte.“

Arbeitspflicht und Arbeitslosigkeit

Das Recht auf Arbeit galt in der DDR als soziales Grundrecht, worauf das Regime stolz war. Jeder Bürger sollte einen Arbeitsplatz erhalten. Tatsächlich wurde dieses Recht aufgrund eines ständigen Mangels an Arbeitskräften zu einer Arbeitspflicht. In der Auseinandersetzung mit der Bundesrepublik setzte die DDR-Führung die vorherrschende Vollbeschäftigung und Beschäftigungsgarantie für propagandistische Zwecke immer wieder gern ein. Aus einem 1990 veröffentlichten Bericht des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung e. V. zur Produktivität in der DDR ging jedoch hervor, dass die Arbeitszeit, die seit 1967 bei wöchentlich 43 Stunden lag, nicht voll ausgeschöpft wurde (zu 15 Prozent bis 30 Prozent). Demzufolge gab es in der DDR Hunderttausende unproduktiver Arbeitsplätze und eine verdeckte „eigentliche“ Arbeitslosenquote von 15 bis 30 Prozent.



Ausbildung und Beruf waren in der DDR vor allem auf gesellschaftliche Erfordernisse hin ausgerichtet. Die Bundesrepublik stellt das Prinzip von Angebot und Nachfrage in den Mittelpunkt. Diskutiere Vor- und Nachteile beider Systeme!

Die „geschichts-codes“ der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

„Historie ist nicht gesichtslos. Sie steckt voller Codes, und wir müssen sie entziffern und verstehen und auch verstehbar machen. Geschichte macht man verstehbar mit Worten und Bildern. Gelingt das, wird sie auch begreifbar. Es ist an uns, begreifen zu wollen, denn sonst bleibt Geschichte im Dunkeln und wirft Schatten auf unsere Zukunft. Dann gibt es auch keine Lehren. Dann bleibt Geschichte folgenlos.“

(Prof. Heinz-Jürgen Kristahn von der Universität der Künste Berlin).



„Junge Menschen für die Geschichte zu sensibilisieren und sie zu motivieren, die Geschichte(n) aus dem Dunkeln zu holen und damit dem Vergessen vorzubeugen – dies ist der zentrale Anspruch für diesen Wettbewerb. Auf diese Weise wollen und können wir dazu beitragen, den Weg für eine gemeinsame Zukunft des mehr als 40 Jahre geteilten Deutschlands in einem friedlichen, demokratischen und freien Europa zu bereiten.“
(Rainer Eppelmann, Vorstandsvorsitzender der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur).



Diskutierte, auf welche Aspekte der Freiheit und Einheit die abgebildeten Plakate anspielen!

Denke dir selbst ein Plakat zu diesen Themen aus!

Verklärung und Wirklichkeit

„Wir hatten keine Arbeitslosen und keine Drogen- und Suizidprobleme in der DDR. Die Krankenversicherung war besser. Wir hatten ein gutes Bildungssystem. Es war nicht alles schlecht...“

Solche und weitere positive Erzählungen kann man bis heute in einigen ostdeutschen Wohnzimmern über das Leben in der DDR hören. War die DDR wirklich ein soziales Paradies, in dem die Bürger rundum versorgt wurden, oder handelt es sich vielmehr um verklärte Bilder vom Wesen der DDR?

„Eine komplexe Erinnerung an die Licht- und Schattenseiten, das ist das, was nötig ist“, so die Aussage des Historikers Prof. Dr. Konrad Jarausch.

DDR-Mythen

„Keine Arbeitslosigkeit“

Laut Bericht des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung e. V. von 1990 gab es in der DDR Hunderttausende unproduktiver Arbeitsplätze und damit eine verdeckte „eigentliche“ Arbeitslosigkeit von 15 bis 30 Prozent. Die geringe Produktivität ist eine Ursache dafür, dass die DDR im Jahr 1989 bankrott war und wirtschaftlich praktisch handlungsunfähig.

„Keine Drogen- und Suizidprobleme“

Obwohl in der DDR so gut wie keine illegalen Drogen konsumiert wurden, gab es Alkoholmissbrauch und Suchtverhalten in allen Schichten der Bevölkerung. Im Bier- und Spirituosenkonsum belegte die DDR von 1982 an weltweit jeweils einen der drei vordersten Plätze. Die Selbstmordrate war verglichen mit der Bundesrepublik im Durchschnitt etwa anderthalbfach höher. Im internationalen Vergleich belegte die DDR einen Spitzenplatz.

„Bessere Krankenversicherung“

Das Gesundheitswesen der DDR garantierte zwar eine flächendeckende Versorgung, wies jedoch erhebliche qualitative Schwächen auf. So mangelte es an moderner Technik, Diagnostik und Therapie. Die Lebenserwartung lag in der DDR im Jahre 1987 je nach Altersgruppe zwischen 1,3 und 3 Jahren unter der der Bundesrepublik.

„Gutes Bildungssystem“

Ausbildung und Beruf waren in der DDR abhängig von persönlichem politischem Verhalten sowie wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erfordernissen. Nicht jeder, der wollte und begabt war, durfte Abitur machen und studieren. Viele Unterrichtsfächer waren zudem „ideologisch gefärbt“. Die staatliche „Berufslenkung“ bestimmte Ausbildung und Arbeit.

Nachdem sich die anfängliche Euphorie über die Wiedervereinigung beider deutscher Staaten gelegt hatte und erste soziale und wirtschaftliche Probleme im Alltag vieler Ostdeutscher aufkamen, entwickelte sich das Phänomen der „Ostalgie“ bzw. „DDR-Nostalgie“. Dieses bezeichnet eine Sehnsucht nach Vergangenen, ein „Heimweh nach dem Osten“.

„Man dachte nicht mehr an die Todesschüsse an der Mauer und an die Stasi, sondern an die schönen Seiten seiner eigenen Vergangenheit. Auch in der DDR hat man schließlich viel Freude haben können, man hat geheiratet, Feste gefeiert, Kinder großgezogen und schöne Urlaubszeiten an der Ostsee erlebt. Diese Dinge fanden nicht statt, weil wir Ostdeutschen von der SED regiert wurden, sondern obwohl! Es gab privates Glück, Freiheit aber gab es nicht. [...] Die vermeintlichen Errungenschaften des SED-Staates sind untrennbar verbunden mit der anderen Seite des totalitären Gesellschaftssystems der DDR, an die sich manche heute nicht mehr so gerne erinnern: Den zahllosen Mauertoten, dem krakenartigen Überwachungsapparat der Stasi, der Drangsalierung von Christen und Oppositionellen, der Indoktrination und Militarisierung der Jugend und der restriktiven Beschränkung der Meinungs- und der Reisefreiheit. Diese Dinge waren es schließlich, die die Ostdeutschen 1989 zu Hunderttausenden mutig auf die Straße trieben und die Diktatur stürzen ließen, das dürfen wir um keinen Preis vergessen!“, so Rainer Eppelmann, Vorstandsvorsitzender der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

(Quelle: Rede anlässlich der Veranstaltung „Alles gut versorgt? Sozialstaat DDR“, 3. Juni 2008, Reuchlinhaus Pforzheim)

Welche Mythen über die DDR sind dir noch bekannt, und wie lassen sich diese widerlegen? Siehst du Parallelen zu anderen Kapiteln der deutschen Geschichte, die bisweilen verklärt werden? Warum entstehen solche Klischees?

Bildnachweise

- Seite 1:** „Wir sind ein Volk!“ Beitrag von Judith Schalansky zum Plakat-Studentenwettbewerb „geschichts-codes“ 2005 der Bundesstiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur. Covergestaltung: 44flavours.
- Seite 4/5:** Entwürfe für „Ein Denkmal für Freiheit und Einheit“, Beiträge von Lilli Langenheim, Norman Schmidt und Bernadette Boebel zum Wettbewerb „geschichts-codes“ 2007 der Bundesstiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur.
- Seite 6** (v.l.n.r.): Bundesarchiv (Trümmer), Illustration 44flavours, Bundesarchiv (Geldschein), Bundesarchiv (Flugzeug), Bundesarchiv (Konrad Adenauer)
- Seite 7** (v.l.n.r.): Haus der Geschichte, Bonn, Bundesbildstelle (Panzer 1953), Bundesbildstelle (Mauerbau)
- Seite 8** (v.l.n.r.): Bundesarchiv (Erich Honecker), Bundesbildstelle (Willy Brandt, Kniefall), Ullstein GmbH (Wolf Biermann)
- Seite 9** (v.l.n.r.): Bundesbildstelle (Botschaftsbesetzung), Bundesbildstelle (Demonstrationsbild), Bundesbildstelle (Leute auf Mauer), Bundesbildstelle (Helmut Kohl und Michail Gorbatschow)
- Seite 10:** Bundesbildstelle (Collagebilder)
- Seite 12:** Robert-Havemann-Gesellschaft (Kerzen)
- Seite 13:** Bundesbildstelle (vor dem Reichstag)
- Seite 16:** Illustration Erik Liebermann (Karikatur)
- Seite 18:** Illustration Erik Liebermann (Karikatur)
- Seite 20** (v.l.n.r.): Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU) (Wappen), Robert-Havemann-Gesellschaft (Portrait Matthias Domaschk)
- Seite 21:** Robert-Havemann-Gesellschaft („Besetz!“), Wiedemann & Berg Filmproduktion (Das Leben der Anderen), Bundesbildstelle (Akten)
- Seite 22/23:** Illustrationen 44flavours (Neues Deutschland und Rolling Stones)
- Seite 24:** Bundesbildstelle (Wolf Biermann)
- Seite 25** (v.l.n.r.): Ullstein GmbH (Nina Hagen), Robert-Havemann-Gesellschaft
- Seite 26** (v.l.n.r.): Ullstein GmbH (Stimmzettel), Illustration 44flavours
- Seite 27** (v.l.n.r.): Bundesbildstelle (Wir fordern...), Robert-Havemann-Gesellschaft (Nie genug...), Robert-Havemann-Gesellschaft (Freie Wahl...)
- Seite 28:** Ullstein GmbH
- Seite 29** (v.l.n.r.): 44flavours (Postkarte New Zealand), Zeitbild Verlag und Agentur für Kommunikation GmbH (Pass)
- Seite 30:** Schilkin GmbH (Firma Schilkin)
- Seite 31** (v.l.n.r.): Bundesarchiv (Wir stellen ein), dpa Picture-Alliance GmbH (Pioniere)
- Seite 32:** „Die Zeit ist reif“ – 15 Jahre Friedliche Revolution, Beiträge von Marcel Börger und Wibke Reckzeh zum Plakat-Studentenwettbewerb „geschichts-codes“ 2004 der Bundesstiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur.
- Seite 33:** „Wir sind ein Volk!“ Beiträge von Claudia Brunner und Florian Wilshaus zum Plakat-Studentenwettbewerb „geschichts-codes“ 2005 der Bundesstiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur.

DVD-Material

der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

DDR-Geschichte in Augenblicken, von Jugendweihe bis Biermann-Ausbürgerung. Für Mick Jagger in den Knast.

DDR – Was war das? 7 Filmbeiträge für den Unterricht mit Begleitmaterial.

Über die Zonengrenze hinweg. Eine filmische Dokumentation deutsch-deutscher Kontakt über die Mauer und Stacheldraht.

Tod im Stasiknast. Warum starb Matthias Domaschk?

Material bestellen unter: www.stiftung-aufarbeitung.de

Links

www.dhm.de
www.ddr-geschichte.de
www.bpb.de
www.bstu.bund.de
www.ddr-wissen.de
www.jugendopposition.de
www.gegen-diktatur.de
www.bmi.bund.de
www.stiftung-aufarbeitung.de
www.freiheit-und-einheit.de
www.havemann-gesellschaft.de
www.bundesbildstelle.de
www.bild.bundesarchiv.de

Lösungen Arbeitsblatt

In einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage des ZDF/FORSCHUNGSGRUPPE WAHLEN e. V. wurden 1053 Deutschen (830 aus West und 223 aus Ost) die Fragen 1 - 6 gestellt. Hier die Auflösung:

zu 1. Richtige Antwort:

Volksaufstand in der DDR: 39,6 % in West, 59,7 % in Ost

zu 2. Richtige Antwort:

Sozialistische Einheitspartei Deutschlands: 36,8 % in West, 78,8 % in Ost

zu 3. Richtige Antwort(en):

Antifaschistischer/Antiimperialistischer/Antikapitalistischer Schutzwall: 15,3 % in West, 34,7 % in Ost

zu 4. Richtige Antwort(en):

Staatssicherheit/Ministerium für Staatssicherheit/Geheimdienst der DDR/Unterdrückungssystem der DDR: 66,3 % in West, 84,1 % in Ost

zu 5. Richtige Antwort:

Hammer, Zirkel und Ährenkranz: 14,7 % in West, 37,8 % in Ost

In einer Studie der Freien Universität Berlin wurden 5200 Schüler zwischen 15 und 17 Jahren in Bayern, Berlin, Brandenburg und Nordrhein-Westfalen zu ihrem Wissen über die Bundesrepublik und die DDR befragt. Auf die Fragen 6 antworteten sie wie folgt:

zu 6. Richtige Antwort:

Bundesrepublik: 84,9 % in West, 80,5 % in Ost



Das Plakat auf der Titelseite wurde im Rahmen des Studentenwettbewerbs der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur von Judith Schalansky eingereicht. „Liebevoll verbindet schwarz-rot-goldene Wolle die beiden deutschen Staaten, die nun einer werden wollen. Was als innerdeutsche Narbe erscheint, wird in der neuen Hauptstadt zu einer kleinen Flagge“, so Schalansky über ihre Arbeit.

Impressum

Zeitbild Wissen „20 Jahre Friedliche Revolution“ ist ein Projekt der Zeitbild Stiftung, gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und dem Bundesministerium des Innern, herausgegeben vom Zeitbild Verlag, Kaiserdamm 20, 14057 Berlin. Gesamtherstellung: Zeitbild Stiftung, Reichenbachstr. 1, 80469 München, www.zeitbild-stiftung.de, Mai 2009. Verantwortlich für den Inhalt: Bernd Woischnik. Text und Redaktion: Frank J. Richter, Heide Lübge. Fachliche Beratung: Prof. Dr. Christoph Kleßmann, Prof. Dr. Eckhard Jesse. Illustrationen: 44flavours, www.44flavours.de, Erik Liebermann. Druck: Schätzl Druck & Medien. Wir erklären mit Hinblick auf die genannten Internet-Links, dass wir keinerlei Einfluss auf die Gestaltung und Inhalte der Seiten haben und uns die Inhalte nicht zu Eigen machen.